

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wühlmstr. 16.)
bei C. H. Krici & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streßfeld,
in Breslau bei Emil Sabatz.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. H. Krici & Co. —
Hanssen & Vogler, —
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidentenk.“

Nr. 34.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 15. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Die Krise in Frankreich und die Lage des Landes.

Die neuere Geschichte Frankreichs qualifiziert letzteres vorzugsweise als ein Land der Krisen. Es mag das mit dem französischen Nationalcharakter im Zusammenhang stehen. Empfindlichkeit, persönlicher oder Parteihader und ein gewisser Hang zur politischen Intrigue treten aus dem parlamentarischen Leben unserer Nachbarn jenseits der Meeres in viel schärferen Conturen hervor, als in irgend einem anderen Staate, selbst Spanien nicht ausgenommen. Rechnet man die sprichwörtlich gewordene sanguinische Erregbarkeit des Franzosen hinzu, so versteht es sich, daß alle politischen Gährungsprozesse sowohl in Entstehung als Verlauf einen acuten Charakter zeigen. — Blickt man auf die allerjüngste Vergangenheit Frankreichs, also auf die Jahre, welche dem Fall des zweiten Kaiserreichs folgten, zurück, so findet man Beispiele in Masse, welche diese Ansicht bekräftigen. Das eklatanteste derselben vollzog sich am 24. Mai 1873 im Sturz Thiers.

Merkwürdiger Weise verhält es sich mit der augenblicklichen französischen Ministerkrise vollkommen anders. Sie scheint dahin, ohne besonders hervortretende Umwälzungen zu gebären und bewirkt nichts, als höchstens eine Verschlimmerung des krankhaft erregten Zustandes des Landes.

Als am Abend des 6. Januar die Minister wegen der ungünstigen Abstimmung der Nationalversammlung ihre Entlassung gaben, weil sie, ohne eine Majorität für sich zu haben, in den Kampf um die konstitutionellen Gesetze einzutreten sich scheuten, war das im Grunde genommen nichts weiter, als die naturgemäße und keineswegs unerwartete Folge der Bewegung, welche sich seit dem 22. Mai vorigen Jahres, seit dem Tage, an dem Broglie von seinem Premierposten zurücktrat und sein ganzer Anhang ihm folgen mußte, ganz in der Stille vollzogen hat. Broglie ist der geistige Urheber der Idee von der geistlichen Organisation des Septennats, an welcher Mac Mahon, der sich stets von Broglie leiten ließ und ihn nur gezwungen verabschiedete, in der letzten Vergangenheit so krampfhaft festgehalten hatte.

Es war daher vorauszu sehen, daß eine Zeit, welche die konstitutionellen Gesetze zur Verhandlung bringen werde, unfehlbar denjenigen an die Seite des Marschall-Präsidenten zurückführen müsse, der die Entwürfe ihrer Idee nach zuerst geschaffen. Daß Broglie durch das Votum der Assemblée gegen diese seine Gesetzentwürfe gestürzt wurde, konnte den Ex-Premier nicht entnervigen, als er sah, wie sich die Parteiverhältnisse in der Nationalversammlung trotz aller Errungenschaften der Bonapartisten und Republikaner gestalteten. „Ein Minoritätsministerium ist in Frankreich noch viel unhaltbarer als irgend anderswo“ dachte sich Broglie und sah seinen Weizen bereits wieder blühen. Seine vielfachen Beziehungen zu den Führern der Rechten auszunutzen, wußte er die Bewegung im Stillen so zu leiten, daß die Abstimmung vom 6. d. Mts. seinen Berechnungen durchaus congruent sein mußte. Daß Broglie die Seele des neu zu bildenden Kabinetts sein wird, ist außer allem Zweifel. Ebenso gewiß aber ist es, daß er klugerweise so lange zurücksteht, bis die heikle Verfassungsfrage in der Assemblée entschieden ist. Mac Mahon hat — vielleicht auf Inspiration Broglie's — die seitherigen Minister ersucht, die Gesetze interimistisch weiter zu führen. Er will Broglie nicht einer Gefahr aussetzen, die Anderen sollen ihm die Rastanten aus dem Feuer holen. Das ist ganz schlau! Ein demissionirendes Ministerium ist in der bevorstehenden parlamentarischen Campaigne ein lebendigtodter Körper, dem ohne Schaden für Frankreich einige Glieder amputiert werden können. Träte dagegen das Consortium Broglie-Decey-Forcloux schon jetzt mit einem neuen Cabinet in die Versammlung, so würde einmal für die genannten Herren hierbei nichts herauskommen und zweitens das Land das Vergnügen haben, der einen Ministerkrisis sofort eine andere folgen zu sehen. Das will man in Regierungskreisen vermeiden. Man weiß recht gut, daß dem Lande die nötige Ruhe vorenthalten heißt: dem Staatsreich die Wege ebnen. Mac Mahon — so ist unsere völlige Ueberzeugung — ist nun zwar der kaiserlichen Restauration durchaus günstig gestimmt, er will sie aber jetzt noch nicht, oder giebt sich aus gewissen Gründen ein solches Ansehen, welches er natürlicher Weise consequent aufrecht erhalten muß.

Das Schmerzenskind unter allen Parteien Frankreichs dürfte für Mac Mahon und seine Pläne die parlamentarische Linke sein. Wie wir schon gestern in unserer Tagesübersicht hervorhoben, will diese Fraktion dem Marschall-Präsidenten möglichst lang in der unbequemen Schwere halten und zwar dadurch, daß sie nun für die erste Lesung der konstitutionellen Gesetze stimmen wird, nachdem Mac Mahon und die Regierungsparteien diese vorläufig abgelehnt zu sehen wünschten. Die Republikaner (Linke) würden, wenn die erste Lesung durchginge, die Gesetze in Bauch und Bogen annehmen. Das heißt aber nur aus Scherz, um eine Frist von fünf Tagen zu gewinnen, innerhalb deren die zweite Lesung, in welcher man sich entgegengefest verhalten würde, reglementsmäßig nicht stattfinden darf. Damit wäre die Krisis verlängert und das verhasste Ministerium Broglie auf wenig Tage hinausgeschoben. Die Orleanisten möchten diesen schlimmen Streich der Linken durch die Dringlichkeitsklärung der konstitutionellen Gesetze — für welche Fälle dann eine einmalige Lesung genügen müßte — abwehren. Damit dürften sie aber — wie die letzten Vorgänge in der Assemblée schließen lassen — wenig Glück haben.

Unterdeß spielt Broglie ruhig seine Komödie weiter und sucht trotz aller Versicherungen des Gegenteils im Verborgenen seine Kabinettsmitglieder zu gewinnen. Augenblicklich gerät er sich als entschiedener Anhänger der Verzichtleistung auf jede Septennatsorganisa-

tion und schmeichelt sich mit der Hoffnung das konservativ paramentarische Band von ehemals erneuern zu können. Die Bonapartisten stehen momentan sehr gut mit ihm. Ueber den Zweck dieses offenbar nicht ganz ehrlichen Verhaltens sind wir uns um so weniger klar, als die Kaiserlichen sich außerordentlich siegesgewiß benehmen und der festen Meinung sind, daß eine Restauration des Kaiserreichs binnen Kurzem als die einzige Lösung der schwierigen Situation angesehen werden dürfte. Man spricht ganz öffentlich in Telegrammen und Korrespondenzen davon, daß für den Fall einer Auflösung der National-Versammlung, ein bonapartistischer Staatsstreich à la Alfons XII. in Aussicht stehe. Qui vivra verra!

„Dziennik“ und „Kurjer Poczanski“

halgen sich wieder lustig herum. Der Waffenstillstand, welchen die beiden Hauptorgane der polnischen Gesellschaft vor einiger Zeit mit einander geschlossen haben, ist längst gebrochen. Kein Tag vergeht, wo nicht das eine Blatt dem anderen etwas am Zeuge flücht. Bald sind es kirchenpolitische, bald national-polnische Fragen, welche zu mehr oder minder heftigen Polemiken Anlaß geben. Die Differenzen zwischen beiden Parteien anlässlich der Kirchenpolitik haben wir am Donnerstag an leitender Stelle besprochen. In seiner letzten Nummer polemisiert der „Kurjer“ gleichfalls gegen die nationale Politik des „Dziennik“. Das letztgenannte Blatt debatierte nämlich kürzlich mit einem längeren Artikel, worin es sein lebhaftes Bedauern darüber ausspricht, daß die polnische Gesellschaft, von Provinzialinteressen und Parteistellung eingenommen, nicht mehr wie früher, ihre besondere große Politik treibe, die auch im gewissen Grade von der großen europäischen Politik anerkannt wäre. Früher wäre dies anders gewesen. Sobald die Sache der politischen Freiheit ins Spiel kam, sobald irgend ein Kampf losbrach, wußte der Instinkt der polnischen Nation, wohin er seine Ehre als Soldaten schickte. Polen wußte, welche Stellung es zu allen Verwickelungen einzunehmen habe und „Europa wußte, was Polen thun wird.“ u. s. w.

Diese hochpolitischen Anwandlungen, welche ihren Grund in der Fiktion vor der immer noch bestehenden Bedeutung der polnischen Nation in der Reihe der europäischen Gesellschaften haben, veranlassen nun den „Kurjer“ zu einer scharfen Abfertigung seines polnischen Kollegen und der hinter ihm stehenden Partei. Seine Ausführungen sind um so interessanter, als sie zum größten Theile mit unseren Bemerkungen übereinstimmen, welche wir anlässlich der famosen „Nationalfeier zu Regolewo“ äußerten und welche uns eine leidenschaftliche Erwiderung des „Dziennik“ eintrugen. Der „Kurjer“ schreibt:

Es schien fast, daß wir, nachdem wir alle als nationale Lösung die organische Arbeit angenommen hatten, endlich von der Manie geheilt worden sind, die Nation zu furchtlosen blutigen Opfern zu drängen, nun durch dieses Blut „den polnischen Individualismus in der Reihe der europäischen Gesellschaft zu kristallisieren.“ Leider spukt jedoch immer noch in einigen Köpfen der Gedanke einer Politik „von Blut und Eisen“, leider gelistet es unseren Politikern immer noch danach, daß die Nation eine große Rolle spiele, daß sie „ihre besondere, große und in gewissem Grade von der europäischen Politik anerkannte Politik“ treibe, wiewohl es keinem Zweifel unterliegt, daß das Hineinmischen in alle europäischen Unruhen unter dem Vorwande, daß hier „die Sache der politischen Freiheit ins Spiel komme“, daß die unzeitigen, oft wahnwitzigen gewaffneten Ausbrüche zu unserer jetzigen Schwäche der Grund gewesen sind. Ohne Zweifel ließen sich diejenigen von christlichen Absichten leiten, welche, wo ein Kampf sich darbot, in der trübseligen Hoffnung an demselben Theil nahmen, daß sie auf diese Weise die Sache der eigenen Nation fördern. Ob darin aber auch politischer Verstand lag, ist eine andere Frage. Hätten diejenigen, welche für eine fremde Sache ihr Blut vergossen, sich nicht mehr um das Vaterland verdient gemacht, wenn sie für dasselbe ihre Arbeit und ihre Anstrengung geopfert hätten?

Dieses politische Einmischen in alle europäischen Angelegenheiten von Seiten einer Nation, die ihrer politischen Existenz beraubt ist, erscheint uns als fallide Politik. Wir sehen ja Alle, daß Frankreich ängstlich Alles vermeidet, was ihm Verlegenheiten und Schwierigkeiten bereiten könnte. Und unsere Politiker möchten, als ob sie an der Spitze einer Millionen-Armee ständen, daß bei jeder internationalen Frage „Europa wisse, was Polen thut.“ Polen hat nichts anderes zu thun, als die nationale Existenz seiner Kinder in allen Theilungsstaaten zu retten. Die Prästension eine große politische Rolle zu spielen, kann es nur noch zu einem größeren Falle bringen.

Ueber die große Bedeutung der kommerziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und etwas zu sagen, erscheint überflüssig; sie sind in den letzten Jahren in Folge des Ausbaues des russischen Eisenbahnnetzes bedeutend gestiegen. Uebersichtlich sind folgende Zahlen, die wir dem „Königsberger Handelsblatt“ entnehmen. Es betrug Rußlands

	1872	1841
Export nach England	Rubel 143,305,877	33,849,820
Import aus England	= 120,066,596	21,838,001
Export nach Deutschland	= 77,318,461	6,307,470
Import aus Deutschland	= 171,328,419	12,973,077

Diese Zahlen zeigen nicht allein einen bedeutenden Aufschwung des auswärtigen Handels Rußlands, sondern auch, daß Deutschland in großem Umfange an demselben theilhaftig war. 1841 überstieg der Verkehr Rußlands mit England (mit welchem Rußland den stärksten Güteraustausch unterhält) denjenigen Deutschlands um ca. 47 Proz., 1872 nur noch um ca. 5 Proz. und seitdem sind diese wahrscheinlich auch noch verschwunden.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar.

Die Attentatsgerüchte bezüglich des Reichskanzlers dauern fort. Dem „Hann. Courr.“ schreibt man unter dem 11. cr. von hier:

Schon am Sonnabend verbreitete sich das Gerücht, daß die hiesige Polizei auf einen französischen Geistlichen fahnde, der mit Attentatsabsichten gegen den Fürsten Bismarck hierher gekommen. In der That wurde das Innere und Äußere des Reichstagsgebäudes, sowie die Amtswohnung des Fürsten von zahlreichen Polizeibeamten bewacht. Heute wiederholten sich die Vorsichtsmaßregeln in noch ausgedehnterem Maßstabe, weil der Polizei abermals die Ankunft zweier Attentäter aus dem Auslande signalisiert worden ist, welche mit Driftbomben, nach anderen Mittheilungen mit einer Höllemaschine, welche Dynamitfugeln werfen soll, ausgerüstet seien.

Die genannte Zeitung glaubt, daß die Polizei mystifiziert wird und ist geneigt, als Urheber dieser Mystifikationen ultramontane Kreise zu betrachten. Und die „Trib.“ kommt bei Besprechung eines anderen Vorganges zu demselben Resultat. Sie schreibt:

Die abscheuliche Unsitte, anonyme Briefe zu versenden, um irgend welche Personen zu langweilen, zu ärgern oder zu belästigen, wie sie leider in den meisten großen Städten besteht, greift augenblicklich in hohem Maße in Berlin als Ausdruck theils nährisch-kindisch, theils aber auch gemeinster Gefinnung. Das Ziel dieser Wahnvorstellungen waren in jüngster Zeit vorzugsweise hervorragende Reichstagsmitglieder und — die Familie des Reichskanzlers. Letztere wurde mit allerlei Drohbrieffen gegen den Fürsten Bismarck förmlich überfluthet und es läßt sich begreifen, daß namentlich die Damen solche Erbärmlichkeiten nicht mit derjenigen verächtlichen Gleichgültigkeit entgegennehmen, die solchen bußenhaften Gebahren einzig und allein gegönnt. Es ist übrigens nicht unwahrscheinlich, daß die in der Luft schwebenden Attentatsgerüchte und Geschichten mit diesen Manövern zusammenhängen, für welche die öffentliche Meinung wohl nicht mit Unrecht die fanatisirten Ultramontanen verantwortlich macht.

— Zur Beantwortung der Frage, wie es möglich sei, daß gegen oft ganz unbekannte Lokalblätter Klage wegen Beleidigung des Reichskanzlers eingeleitet werde, läßt sich die „Germ.“ Folgendes schreiben:

„Vor einigen Tagen empfingen die Bürgermeister Rheinbessens und auch wohl die der anderen beiden großherzoglich hessischen Provinzen ein Heftchen, worin ersucht wird, besonders darauf zu achten, wie die Zeitungen — genannt ist die sozialdemokratische und die „gegnerische“ Presse — sich über die Person des Reichskanzlers äußern, und solche, da eine Verfolgung der betreffenden Blätter nur auf persönlichen Verlangen desselben stattfinden kann, die anrathlichen Stellen angestrichen, einzufinden, damit dieselben durch Vermittelung des großherzoglichen Ministeriums dem Reichskanzler übermittelt und durch diesen die nöthigen Schritte zur Verfolgung der betreffenden Blätter geschehen können. Bei diesem Erlaß ist natürlich nicht bloß auf die in der Gemeinde des betr. Bürgermeisters selbst erscheinenden Blätter, sondern überhaupt auf alle Zeitungen reflektiert, die dem Bürgermeister etwa unter die Augen kommen.“

— Die Art und Weise, wie der „Newyork-Herald“ über Arnim schreibt, ist nicht mehr Humbug, sondern streift an Blasphemie. Nicht zufrieden, sich über die Verurtheilung in höchst lamentabler Weise zu äußern, stellt das Blatt das „Marthyrthum“ des „großen Staatsmannes“ der nur ein „Opfer des Blut- und Eisen-Mannes“ sei, als ein Pendant zu Christus hin. Wie dieser für die Wahrheit gekreuzigt und gestorben, so sei auch Graf Arnim mißhandelt worden; aber die Wahrheit müsse siegen, und wie Christus von den Todten auferstanden sei, so werde auch Graf Arnim über seine Gegner triumphieren und die Menschheit von dem „Blut- und Eisenmann“ erlösen. So haben wir denn nach dem „Newyork-Herald“ außer dem Papste nun noch einen dritten Christus in der Person des Grafen Arnim. Eingeleitet wird der Bericht über die letzte Sitzung im Prozeß mit folgender in Nischenbuchstaben gedruckten Erklärung: „Graf Arnim tritt in den Gerichtssaal um 5 Uhr Abends, auf den Arm seines Sohnes geleitet, bleich und hager. Die Anwesenden erheben sich sympathisch und bleiben stehen, bis der Präsident den erlauchten Angeklagten aufgefördert hatte, sitzen.“

— Der Chef-Redacteur der „National-Ztg.“, Dr. Zabel, welcher wie bekannt, die Redaktion der genannten Zeitung niederlegt, verabschiedet sich heute an der Spitze des Blattes mit folgender Ansprache:

Nachdem ich nun 27 Jahre lang der „National-Zeitung“ seit ihrer Gründung meine Thätigkeit ausschließlich gewidmet habe und in das 73. Lebensjahr getreten bin, fühle ich, daß die aufregende und anstrengende Arbeit, die mit der verantwortlichen Führung einer großen Zeitung verbunden ist, ihre Wirkung zu üben beginnt. Eine eindringliche Mahnung zu dieser Erkenntnis erhielt ich, als zu Anfang des vorigen Jahres eine nervöse Störung meines Allgemeinbefindens mich zwang, durch einen mehrmonatlichen Aufenthalt im Süden Erholung und Stärkung zu suchen.

Meine Thätigkeit liegt vor Aller Augen und mir genügt es nicht, sie in ihren Wirkungen zu beurtheilen. Ist sie gesegnet gewesen, so ist es geschehen durch die Einsicht, die Treue und die Hingebung meiner Mitarbeiter, denen ich bis an mein Lebensende ein dankbares Gedächtniß bewahren werde. Aber ich fühle mich nach gerade außer Stande, den ganzen Umfang der Redaktionsgeschäfte mit der Sorgfalt ferner wahrzunehmen, die ich zu üben mir jeder Zeit zur Pflicht gemacht habe; ich kann mich der Einsicht nicht verschließen, daß die Nöthigung eingetreten ist, den durch die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitung betingten Theil meiner Thätigkeit auf jüngere und rüstigere Schultern zu legen.

Vielleicht hätte es nahe gelegen, ganz aus dem Amte zu scheiden; ich weiß, daß man mir im Allgemeinen nach so langer ausschließlicher Hingebung an meinen Beruf die Mühe, in der ich von der Arbeit ausruhen könnte, gegönnt haben würde. Aber der Eigentümer der Zeitung und meine politischen Freunde wollten mich der von mir mit begründeten Zeitung erhalten wissen: Erleichterung sollte mir gewährt werden, aber ein Platz und eine Thätigkeit in der Zeitung sollte mir bleiben.

Diesen Wünschen wollte ich mich nicht versagen, und so lege ich denn heute das Amt des verantwortlichen Redacteurs in die Hand des Reichstags-Abgeordneten Herrn Dernburg, eines

bewährten Mitarbeiters unserer Zeitung, während ich selbst nach wie vor je nach dem Maß meiner Kräfte in der Stellung des Herausgebers der „National-Zeitung“ thätig sein werde.

Als den schönsten Lohn für meine bisherige Thätigkeit erachte ich das Vertrauen, das mir in diesen 27 Jahren von allen Seiten und in reichlichen Maße entgegengebracht worden ist. Ich bitte dies Vertrauen mir auch ferner zu erhalten und es auf Herrn Dornburg in seiner neuen Stellung zu übertragen. Die „National-Zeitung“, deren Richtung und Haltung unverändert dieselbe bleibt, wird auch ferner bestrebt sein, sich ihres Namens würdig zu benehmen.

Berlin, den 14. Januar 1875.

Dr. Fr. Babel.

— In der neu konstituirten Stadtverordnetenversammlung befinden sich jetzt 14 Rentiers, 28 Kaufleute und 16 Fabrikanten. Im Uebrigen setzt sich diese Körperschaft, der „Trib.“ zufolge, aus folgenden Elementen zusammen: 1 Geh. Ober-Regierungsrath a. D., 1 Regierungsrath a. D., 2 Bürgermeister a. D., 1 Kommerzienrath, 2 Professoren, 2 Rechtsanwälte, 1 Rentenanwalt a. D., 7 Sanitätsräthe, 1 Arzt u., 3 Schulrathgeber, 1 Gymnasiallehrer, 1 Konf., Gesellschafts-direktoren, 1 Bankier, 1 Spezialist, 1 Partikulier, 1 Apotheker, 2 Schriftsteller, 3 Buchdruckereibesitzer, 2 Buchhändler, 1 Zimmermeister, 1 Maurermeister, 1 Bildhauer, 1 Bäcker, 1 Maler, 1 Photograph, 2 Gärtner, 2 Stellmacher, 1 Juwelier und 1 Weinbändler. — Im Magistratskollegium arbeiten gegenwärtig neben den 17 besoldeten Mitgliedern als unbesoldete Stadträthe: 2 Apotheker, 2 Goldschmied, 3 Kaufleute, 1 Stadtrichter a. D., 1 Gymnasialdirektor a. D., 1 Literat, 1 Subdirektor, 2 Fabrikanten, 1 Buchhändler und 1 Rentier.

Wien (Nö. Post). 10. Jan. Nach Ueberwindung bedeutender Schwierigkeiten erscheint nunmehr, herausgegeben und redigirt von M. Gerg in Wien und gedruckt bei van Niesen daselbst, eine polnische Zeitung unter dem Titel: „Gazeta Polska. Bratowskiy Papietowy“, d. h. „Polnische Zeitung. Wahrer Volksfreund.“ Sie erscheint wöchentlich einmal für den vierteljährlichen Abonnementspreis von 12 Gr. Die Tendenz des Blattes ist liberal, reichs- und deutschfreundlich, aber ultramontanfeindlich! Die Anmeldung bei der Post ist etwas verspätet und wird der Preisverkauft etwas ausgesetzt werden.

Braunburg. 11. Januar. Bei der heute Vormittags im bischöflichen Palais abgehaltenen Auktion der f. z. versiegelten Sachen, resultirend aus der rechtskräftig gegen den Bischof verhängten Strafe, nicht Kosten wegen Uebertretung der Weisung in einem Falle, hatten sich nur wenige Käufer eingefunden. Wie das „Braunb. Kreisbl.“ mittheilt, wurden aber die zum Verkauf gestellten Sachen so hoch bezahlt, daß nach der Veräußerung weniger Stücke die beizureichende Summe von gegen 900 Mark bald gedeckt wurde. Sämmtliche Sachen wurden von dem Besitzer Poschmann aus Comainen angekauft.

Kassel. 12. Januar. Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat die Verdringung des früheren Landesherrn heute hier in der vorher angekündigten Weise stattgefunden. — Nach der „Hess. M.-Ztg.“ waren im Laufe des vorhergehenden Tages sowie in der verflochtenen Nacht bei Fackelschein und am heutigen Tage zahlreiche Arbeiter auf dem alten Friedhofe mit den Vorbereitungen zu dem Leichenbegängnisse des Kurfürsten beschäftigt. Der schmale Eingang zum Friedhofe wurde bedeutend verbreitert, eine neue breite steinerne Treppe hinter demselben angelegt, der zu den Grabmonumenten der Kurfürstin und der Prinzessin führende Fußpfad verbreitert und die für den Kurfürsten selbst bestimmte Gruft ausgemauert. — Der Extrazug, mit welchem die Leiche hier ankam, bestand außer dem Wagen mit der Leiche aus 2 Salonwagen mit den Angehörigen des Fürsten, aus vier Wagen erster und zweiter Klasse mit Hofstaat und Dienerschaft und aus vier Wagen mit Pferden. — Die Wiener „N. Fr. Pr.“ schreibt: Auf Bitte der Fürstin von Hanau telegraphirte Erzherzog Wilhelm an den Kaiser nach Wien, er möge 14 Isabellen als Geschenk annehmen, zu vor aber gestatten, daß acht davon in Prag den Leichenwagen führen. Von dem Kaiser erfolgte die Genehmigung. Zwei Isabellen verbleiben im Besitze der Fürstin. Der Kurfürst verfügte testamentarisch, aus dem Heimathland seien nur jene Teilnehmer an dem Leichenzuge annehmen, welche dem Kurfürsten ihre Sympathiebeweise, noch bei dessen Lebzeiten gaben. Es mußten deshalb mehrere Anfragen aus Kassel abgelehnt werden, doch erschienen mehrere Bürgermeister, Kavaliere und Damen aus Kassel.

Fulda. 12. Januar. Die „Germ.“ bestätigt, daß durch neuerdings eintreffende Verfügung des Kultusministers die theologische Fakultät am hiesigen Priesterseminar aufgehoben ist und bemerkt dazu: „Es ist die Frage gerechtfertigt, was die in dieser Hinsicht seit her getriebene Zanderpolitik veranlaßt haben mag. Glaubt man denn immer noch, der Herr Capitularvikar habe zu einem erwünschten Pakte die Hand bieten? So viel hätte übrigens von vornherein begriffen werden sollen, daß auch Herr Sahne nicht Bischof und nicht die Diöcese Fulda ist.“

München. 12. Jan. Im Herzen Altbairerns hat sich kürzlich ein Städt. Kulturkampf, der erste Fall dieser Art, abgepielt. Das Land-

gericht Erbing hat nämlich den kath. Pfarrer Rahm von Pastetten abgeurtheilt, weil er eine 23jährige Weibsperson, eine Wirthstochter von Pastetten, wegen fünfmaliger unehelicher Geburt exkommuniziert hatte. Die „Frfr. Ztg.“ berichtet darüber wie folgt:

Der Pfarrer hatte die Unverheerlichkeit des Mädchens dem erzbischöflichen Ordinariate in München angezeigt und dieses sodann angeordnet, daß die Person a. s. der kath. Kirche so lange auszuschließen sei, bis sie sich bekehrt, und daß der Pfarrer diese Maßregel zur Genehmigung der Sünden öffentlich von der Kanzel herab verkünde. Pfarrer Rahm begnügte sich indes nicht, den erzbischöflichen Erlaß einfach zu verlesen, sondern knüpfte daran am Allerheiligentage, den 1. Nov. v. J., eine Predigt, worin er das Mädchen mit Namen als den Ausbund alles Lästers und essentische Sündin ausrief, für ewig verdammt bezeichnete, vor dem Umgang mit ihr warnte, ihr das kirchliche Begräbniß absprach und alle Burschen, die sich innerhalb 9 Monaten mit ihr fleischlich abgaben, ebenfalls für verloren und verdammt erklärte, farg, indem er alle Folgen der sogenannten kleinen Exkommunikation eintreten ließ. Das Mädchen sowohl als der Vater der schwer betroffenen Familie stellten nun Klage wegen Verleumdung gegen den Pfarrer, und obwohl dieser mit einem Advokaten aus München und 19 Zeugen heranzogte, die alle von der Sache nichts gehört haben wollten, so sprach ihn doch der Landrichter Kandler der Verleumdung nach Art. 185 des Reichsstrafgesetzes schuldig und verurtheilte ihn zu 10 Thaler Geldstrafe, Tragung der bedeutenden Kosten und Publikation des Urtheils an den Gemeindefasten. Der Pfarrer legte sogleich Berufung ein und die Sache wird nun den Weg durch alle Instanzen machen. Der Fall macht in juristischen und literarischen Kreisen großes Aufsehen.

In München wird die Etablierung sogenannter Dachauerbanken a la Spitzeder wieder verucht; durch Zeitungsinserte werden nämlich Kapitalbesitzer eingeladen, gegen 10 pCt. Verzinsung per Monat einzulegen.

Frankreich.

Paris. 12. Januar. Die Jesuiten und Legitimisten lassen sich durch den dem jungen Alfons erteilten päpstlichen Segen nicht beirren, Feuer und Verderben auf ihn herabzuleben, weil er ein Schützling Bismarck's sei. Das „Univers“ schließt heute seinen zweiten Kreuzungsartikel gegen Bismarck mit der Drohung: „Möge das evangelische Kaiserthum Friedrich's und Bismarck's mit seiner unerfülllichen Herrschbegier, mit seinen übertriebenen Vergrößerungen und seinen unsinnigen Kämpfen gegen den Katholizismus sich hüten, daß es nicht eines schönen Tages, statt sich über den Völkern stolz an der Stelle des heiligen Berges der Kirche zu erheben, am Boden endige wie ein Kiribis, den man zertritt.“ Vom Erhaben zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, und diesen haben die Propheten des „Univers“ längst gethan. Auch die fromme „Union“ hat ihre liebe Noth mit Preußen. So klagt sie dasselbe heute an, es habe „ganz gewiß Verpflückungen von Seiten des Alfonsismus erlangt, weil es dessen Unternehmung autorisiert und einer sehr verbreiteten Meinung zufolge unterstütz“ habe; der Schutz Bismarck's werde aber nicht wohlfeil erkaufte, und daß er ein schwieriger Gläubiger sei, werde Isabellens Sohn bald erfahren. Uebrigens ist der „Union“ noch ein Trost in der Trübsal geblieben: sämtliche deutsche Blätter, die mit der „Germania“ und dem „Vaterland“ gehen, seien und bleiben für Don Carlos, wie sie für Heinrich V. seien. In diesem Punkte können die Ultramontanen und Legitimisten sich wenig um den Vatikan, von dem „La Presse“ bemerkt: „Ist es nicht ein sonderbares Schauspiel, zu sehen, wie der Papst selbst dem neuen Könige seinen Segen erteilt und so für eine Restauration arbeitet, welche in Berlin genehmigt wird?“

[Die wirtschaftliche Folge der Kriegsschädigung für Frankreich.] Nach dem Vorgange der deutschen Nationalökonom Wagner, Ludwig Damberger, Soetbeer u. A. hat nun auch der Franzose Wolowski bei Guillaumin in Paris eine Untersuchung über die „Ergebnisse der Abtragung der Kriegsschädigung für Deutschland und für Frankreich“ veröffentlicht. Herr Paul Leroy-Beaulieu giebt im „Journal des Débats“ eine umfassende Analyse dieser Flugschrift und gelangt zu folgenden Schlüssen:

Das deutsche Reich hat unstreitig von unseren fünf Milliarden Nutzen gehabt; man darf sich aber fragen, ob die Nation, nicht als Militärmacht, sondern als eine Gesamtheit von Individuen betrachtet, einen ersten und nennenswerthen Vortheil aus unserer Indemnität gezogen hat. Professor Wagner behauptet, daß die materiellen Genüsse der Deutschen in Folge der Zahlung der fünf Milliarden ge-

niegen wären. Wir können das, offen gesagt, nicht glauben. (Es ist aber Thatsache! — Red. d. Pol. Z.) Die Thatsache und zumal die Vorstellung dieser ohne Arbeit erzielten Zunahme des deutschen Kapitals haben, wie uns bedünken will, eine ungeheure wirtschaftliche Erschlitterung über das Land gebracht. Alle Preise, die Meinen, die Löhne, die beweglichen Werthe erfahren ganz enorme Schwankungen. Das Umschlagen der Spekulation, mit welchem das der Unfähigkeit Hand in Hand ging, verdrückte die Köpfe und zog viele Vermögen in Mitleidenhaft. Das deutsche Reich, das so strenge Tugend zur Schau trug und so wegworfend von den Schwächen der Franzosen sprach, hat seine Finanzskandale gehabt, hinter denen die ungerigen weit zurückstehen, Herr Alfred Reymard giebt uns in seiner Broschüre über die Kriegsmilliarden einen Begriff von der Gründungsnoth, die sich nach dem Kriege der deutschen Welt bemächtigt hatte. Vom Juli 1871 bis zum Juni 1872 sah man 42 Banken aufstehen und 164 Industrie-Gesellschaften entstehen. Was ist aus allen diesen Unternehmungen geworden? Es ist bemerkenswerth, daß Frankreich nach 1870 keine so schwere wirtschaftliche Krisis zu bestehen hatte, wie sein Sieger. Hr. Wolowski ergreift diese Gelegenheit, um die Wissenschaft zu warnen, zu deren glänzendsten Anhängern er gehört; er sucht nachzuweisen, wie schlagend die Lehren der National-Defonomie durch die Erscheinungen der letzten drei Jahre bestätigt worden sind. Dabei verhehlt er durchaus nicht, daß die Lage Frankreichs weit entfernt ist, eine ganz gute zu sein. Er weist auf die Last von 700 Millionen neuen Steuern hin, welche der Krieg auf unsere Schultern gewälzt hat; er empfiehlt uns (den Franzosen) Vorsicht, Arbeit und Sparsamkeit. Diese Rathschläge sind ganz am Platze. Auch unterrichtete und für den Fortschritt eingenommene Köpfe lassen sich durch unsere fast wunderbare Auslösung in dem Maße blenden, daß sie ganz vergessen, welche Lasten dieselbe auf uns zurückgelassen hat. Herr Reymard, ein Schriftsteller von Verdienst, fordert uns z. B. auf, eine neue Anleihe von einer Milliarde für Friedensarbeiten aufzunehmen. Das heißt denn doch allzu vorzeitig zu Werke zu gehen. Wir werden ohne Zweifel gezwungen sein, eine Milliarde für die Wiederherstellung unserer Kriegsmaterialien aufzunehmen. Gehen wir uns also vor sonstiger Ueberfüllung, lassen wir noch einige Jahre vergehen und warten wir erst die Zunahmen unserer Steuererträge ab, ehe wir uns auf neue Ausgaben einlassen. Die französische Erparnis, welche nach der Klaffung unserer Anleihen wieder freie Hand hat, wird auch ohne Mitwirkung des Staates schätzbare bedeutende öffentliche Arbeiten auszuführen wissen, wenn man ihr dazu die Freiheit läßt.

Spanien.

Die neulich erwähnte Proclamation Don Carlos lautet nörlich, wie folgt:

„Spanier! Die Revolution, welche von Euren lebt, sucht sich durch die Proclamation eines Mitgliedes meiner Familie zum Könige von Spanien mit der Monarchie und der Legitimität zu verbinden. Ich bin die Legitimität; ich bin der Vertreter der Monarchie in Spanien und weil ich es bin, so habe ich mit souveräner Verachtung die Vorschläge zurückgewiesen, welche die September-Revolutionäre mir zu machen wagten, um ihr Werk äußerster Peinigung würdig zu krönen. Seit jener Zeit weiß die Revolution, daß ich ihr König nicht sein kann. Als Haupt der erlauchten Familie der Bourbonen in Spanien, betrachte ich mit tiefem Schmerze die Haltung meines Vaters Alfons, welcher in der Unersahenheit seines Alters darin willigt, das Werk jenes derelicten Menschen zu sein, welche ihn mit seiner Mutter aus dem Vaterlande vertrieben haben und mit Spott und Hohn überhäufeten. Doch ich protestire nicht. Meine und meiner Arme Würde gestatte mir keinen anderen Protest als den durch den Mund unserer Kanonen, der von unwiderstehlicher Veredsamkeit sein wird. Die Proclamation des Prinzen Alfons ist weit davon entfernt, mir die Thore von Madrid zu schließen, sondern öffnet im Gegentheil den Weg zur Regeneration unseres vielgeliebten Vaterlandes. Der neueste Akt des Prätorianismus verlegt nicht vergeblich den Stolz des spanischen Volkes: nicht umsonst sind meine unbefehlgbaren Freiwilligen bewaffnet worden. Die, welche so viele Siege davongetragen haben, werden auch die dem großherzigen Spanien von Neuem zugefügte Gewaltthat zu rächen wissen. Dazu berufen, die Revolution in unserem Vaterlande zu ertöden, werde ich sie tödten, mag sie die wildeste Grausamkeit und die schmachvollste Unerbittlichkeit an den Tag legen, oder sich unter dem hypokritischen Mantel einer ehrenden Mäßigkeit verbergen. Spanier, bei unserm Gott, bei unserm Spanien schwöre ich Euch, daß ich, treu meiner heiligen Mission, ohne Zagen unsere ruhmreiche Fahne hochhalten werde. Sie ist ein Symbol der rettenden Prinzipien, welche heute unsere Hoffnung sind und morgen unsere Stütze sein werden. Aus meinem königlichen Hauptquartier, Deba, 6. Januar 1875. Carlos.“

Rußland und Polen.

× **Petersburg.** 11. Januar. Die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften hielt gestern unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Grafen Pölke und in Gegenwart einer zahlreichen aus den höchsten Würdenträgern des Staates bestehenden Festversammlung

nahme eine besondere Bestätigung, so dürfte der Umstand, daß das Werkchen Herrn v. Holtei gewidmet ist, eine solche abgeben.

Max Hinzl gehört zu den jüngeren schlesischen Poeten, die unbekannt um die Zeitläufe den Mufen huldigen. Es soll damit kein Tadel ausgesprochen sein. Die Beschäftigung mit der Politik ist eben nicht Jedermanns Sache, und Dichter hat es zu allen Zeiten gegeben. Haben sie auch nicht immer gerade viel geleistet, so haben sie doch idealen Zielen nachgestrebt, und das ist namentlich zu einer Zeit beachtenswerth, in welcher der materialistische Zug dominiert.

Max Hinzl besitzt ohne Zweifel ein ganz respektables Talent für die Dialektdichtung. Er kennt den schlesischen Bauer nach allen Richtungen hin auf's gründlichste und redet seine Sprache mit Virtuosität. Der Vers ist hier und da ein wenig frei, im allgemeinen jedoch künstlerisch behandelt. Der Inhalt läßt an Mannigfaltigkeit wenig zu wünschen übrig. Ernst und Laune, hier und da auch Satyre und Spott, wechseln mit einander, im Besonderen hervortretend ist der heitere Ton. Die Gedichte dieser Gattung scheinen uns die gelungensten zu sein. Der Dichter giebt hier nach Art der Reuter'schen „Ränschen und Riemels“ hübsch ersandene Schnurren zum Besten, deren blitzartig wirkende Pointen am Schluß den Leser in die lustigste Stimmung versetzen. Derartige Sachen sind: „De Fiepe“, „De ruthe Weste“, „De Posaune und de Pauke“, „A leugt, a leugt“, „De Blutegel“, „De Zittungente“, „Bum Furian“ und das allerliebste Gedicht „Amendement Lasker“, welches wir unsern Lesern nachstehend mittheilen:

Amendement Lasker.

Es war beim Bräuer Stulle, warsch,
Et Hennerichs, do tickerte
Der Unand-Pauer und sei N. pper,
Der Schneider Godech, bu' Bulleit.
A Ruu und anne Lampe, „Esfach“,
Rynauer Buß genannen i's,
Sund bur dan beeden Kruppelbildern,
Die bu' der beignig-biesen Surie:
„Vor frischen Mut, a rooch siech gutt!“
A'n Wan'ner Tobal meldern thaten.
Nu sa'te unsrer Unand-Pauer
Zum Nupper: „Aprilo, woas heeßt denn
Das sitte Wort; „Amendement!“
Sich ufte kimm't ein Wodenbloat'e
Und ei der Zeitung dir; ich kan'
Mer'ich adder nich' ausamm'aklab'n.“

Interimstheater.

Viertes Gastspiel des Herrn Otto Lehsfeld.

Ueber Brachvogel's „Marziß“ ist seit dem Erscheinen des Trauerspiels so unendlich viel geschrieben worden, daß eine neue Besprechung mehr als überflüssig wäre. Was für und gegen das Stück gesagt werden konnte, ist bereits gesagt, das Urtheil darüber steht so ziemlich fest. Als Resultat der einst lebhaften Diskussion ergab sich, daß „Marziß“ eins der glänzendsten Effektsstücke der Neuzeit sei, welches wie wenige den Zuschauer zu fesseln, die Erwartung desselben bis zum Schluß zu steigern wisse. So wenig gegen den Bau, die dramatische Struktur, so viel läßt sich gegen die Charaktere einwenden, welche entweder innerlich unwahr oder aus Elementen zusammengesetzt sind, die nicht zu einander passen. Gerade deshalb aber bieten die Rollen des Marziß und der Marquise de Pompadour für begabte Schauspieler höchst dankbare Aufgaben.

Bekanntlich war der erste Darsteller des Marziß kein geringerer als Ludwig Dessoir. Seine Auffassung und Durchführung der Partie ist für eine lange Reihe von Schauspielern maßgebend gewesen und nachgeahmt worden. Weniger Anklang fand Davisons Rantier, obwohl auch sie genial genannt werden muß. In neuerer Zeit hat man sich mehr und mehr von jenen Vorbildern emanzipirt und je nach dem Grade der Befähigung selbstständige Leistungen geschaffen. Auch Herr Lehsfeld spielt den Marziß, wie sich dies bei einem Künstler so hervorragenden Ranges von selbst versteht, in eigener und wir gleich beifügen wollen in anziehender Weise. Der Künstler geht davon aus, den Widerspruch zwischen dem Marziß des ersten und dem Marziß der folgenden Akte durch die Darstellung aufzuheben. Deshalb betont er wieder im ersten Akt zu schroff den Eynismus, noch im zweiten und vierten die echt deutsche Güthigkeit, welche Brachvogel dem französischen Gamin imputirt hat. Er faßt die zerrissene Gestalt dadurch zur Einheit zusammen, daß er uns Marziß als ein durch herbe Schicksale verkommenes Genie veranschaulicht, welches Gutmüthigkeit genug behalten hat, um sich unter der Vorsehung, eine große That zu begehen, blindlings als Werkzeug raffinirter Bosheit gebrauchen zu lassen. Von besonderer Wirkung war die Darstellung des geschätzten Gastes im zweiten und vierten Akt (Szene mit Doris und mit dem Pagoden), während sich in der Schlussszene des Stückes die

gewaltige Kraft aufs neue bewährte, welche dem Künstler speziell für hochdramatische Momente gegeben ist.

Die Pompadour spielte Frau Lanius mit Erfolg — sie wurde nach dem dritten Akt gerufen — die Schauspielerin Doris Duinault Fr. Schenk, welche für derartig sentimentale Rollen entschieden Begabung besitzt. Das Haus war gut besucht und kargte auch diesmal nicht mit seinem Beifall. Am Freitag wird uns Herr Lehsfeld seinen „Nathan“ vorführen.

Schlesische Gedichte.

Die Frage, ob und in wie weit der Dialekt in der Poesie berechnet sei, ist endgültig noch nicht entschieden. Es läßt sich über diesen Gegenstand Mancherlei pro und contra sagen. Thatsache ist jedenfalls, daß die Dialektdichtung zu verschiedenen Zeiten ein mehr oder weniger großes Publikum gefunden hat. Es sei hier nur an die Sachen von Hebel, Gröbel, Franz v. Kobell, Reuter und Holtei erinnert. War doch selbst der Altmeister Göthe von den „Allmannischen Gedichten“ so eingenommen, daß er mehrere kleine Dichtungen nur zu dem Zwecke verfaßte, sie von Hebel in den allmannischen Dialekt übertragen zu lassen. Der Dialekt scheint uns da berechtigt zu sein, wo es sich um die Darstellung bestimmter volkstümlicher Stoffe handelt. Der Dichter erscheint dann als beliebige Figur aus dem Volke, die uns ihre Anschauungen und Vorstellungen in ihrer eigenen Sprache vorträgt. Damit ist auch wohl die Grenze angedeutet, innerhalb welcher sich der Dialektdichter zu halten hat. Er wird alles vermeiden müssen, was irgendwie über die volkstümliche Sphäre hinausragt, noch mehr, er wird uns nur diejenigen Anschauungen schildern dürfen, welche ausschließlich in dem Lande angetroffen werden, welchem auch der von ihm gewählte Dialekt angehört. Ist das der Fall, dann erhalten wir poetische Charakterbilder von unzweifelhaftem Werth.

Wie Holtei nach seiner eigenen Aussage niemals „Schlesische Gedichte“ geschrieben hätte, wäre ihm nicht Hebel mit seinen „Allmannischen Gedichten“ vorangegangen, so läge wohl auch ohne Holtei's Vorgang nicht ein kleines, zierlich gebundenes Buch zur Besprechung auf unserm Schreibtisch, welches folgenden Titel trägt: „Vägersle flieg' aus! Gedichte in schlesischer Mundart von Max Heinzel.“ (Ratibor, F. Schmeer u. Söhne, 1875). Erforderte diese An-

Ihre feierliche öffentliche Jahresfeier ab. Die Feier eröffnete eine Rede des ständigen Sekretärs der Akademie. Die folgende Rede des Akademikers Gregor von Helmersen hatte zum Thema: Einige Erwägungen über die Bedeutung der Steinindustrie in Rußland. Die dritte Rede des Akademikers Sresnewski handelte über alte Denkmäler der Sprache und Literatur. Den Schluß der Feierlichkeit bildete die Verlesung der Namen der neuverwählten Korrespondierenden Mitglieder durch den ständigen Sekretär. Die Zahl derselben beläuft sich auf zehn, und befinden sich unter ihnen ein Franzose, ein Italiener, drei Russen, ein österreichischer und vier deutsche Gelehrte. Die Namen der Letzteren sind folgende: in der philologischen Sektion: Professor Körner in Breslau, in der biologischen Sektion: Professor Grube in Breslau, in der orientalischen Sektion: Professor Wilsenfeld in Göttingen und in der Sektion der klassischen Philologie: Professor Sauppe in Göttingen.

Tagesübersicht.

Fosen, 14. Januar.

Wie wir aus Berliner Blättern erfahren, scheint sich gegen das Landsturmgesetz ein parlamentarischer Sturm erheben zu wollen. Nach der Auffassung zahlreicher Abgeordneter ist durch die Annahme des § 5 der Vorlage, welche bekanntlich mit 172 gegen 104 Stimmen erfolgte, die Barriere zwischen Landwehr und Landsturm beseitigt worden. Dieselbe soll bei der dritten Lesung wieder aufgerichtet werden. Gelingt dies nicht, dann soll eine nicht minder erhebliche Anzahl Reichstoten gegen das Ganze des Gesetzes zu stimmen entschlossen sein. Man thut wohl gut, diese Mitteilung nicht auf's Wort zu nehmen, denn andererseits verlangt, daß hochachtbare Mitglieder des Hauses, welche sich unter den 104 befanden, war ihre verfassungsmäßigen Bedenken auszusprechen, aber nicht fürchten, daß die Militärverwaltung sich im Momente der Gefahr zunächst an die älteren ausgebildeten Jahrgänge halten werde, weil einer feindlichen Invasion gegenüber Alles helfen muß, was helfen kann. — Die „Nationalzeitung“ spricht die Erwartung aus, daß in der Schlusssitzung der dritten Lesung auch die Fortschrittspartei das Landsturmgesetz im Ganzen annehmen werde, obschon sie am Montag gegen einzelne Artikel gestimmt hat. In Betreff des Gesetzes selbst bemerkt das Blatt:

Zum Kampfe mit einer einzelnen fremden Macht werden wir den Landsturm kaum nöthig haben; es bleibt doch aber möglich, daß Deutschland von zwei großen Mächten angegriffen wird. In diesem Falle kann die Frage entstehen, ob man lieber einen unvortheilhaften Frieden schließen oder mit dem Aufgebote der ganzen Volkskraft den Kampf fortsetzen soll? Die deutsche Geschichte wird unserer Nation das Letztere anrathen; denn sind in Deutschland Fremde eingebrungen und Meister geworden, so braucht es Jahrhunderte, um sie wieder zu vertreiben. Die Fremden reizen nicht bloß Stolz unseres Landes an sich, sie gewinnen auch Einfluß auf unsern inneren Zustand, indem sie unsere nationale Einheit lockern oder aufheben und die verschiedenen Glieder und Staaten unserer Nation in diese und in jene Abhängigkeit zu versetzen trachten. Ein siebenjähriger Krieg wird nicht wiederkommen; doch unversehrt bleibe uns für alle Zeit das Beispiel des Sieges durch Beharrlichkeit.

In den Vorlagen für den preussischen Landtag wird diesmal das Ministerium des Innern das Hauptkontingent liefern, diesem zunächst wird das Handelsministerium mit der Begeordnung und einigen belangreichen Entwürfen auf dem Gebiete der Eisenbahnwesen rangiren. Der Finanzminister wird außer dem Staatshaushaltsetat nur eine kleine Novelle zum Klassensteuergesetz vorlegen. Es handelt sich dabei um den Fortfall der 4-Thaler-Stufe und zur Milderung zu der früheren 3-Thaler-Stufe, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Befürchtungen, als werde der durch die Klassensteuer zu erzielende Betrag nur durch Festhaltung der 4-Thaler-Stufe erreicht werden, unbegründet waren. Von dem Kultusminister wird hauptsächlich nur die Vorlage über die Verwaltung des Kirchenvermögens eingebracht und der Justizminister wird sich auf die Verlegung der Vormundschaft- und Depositionsordnung beschränken.

Aus Spanien kommen verschiedene Nachrichten, welche bestätigen, daß das Ministerium der neuen Regentenschaft Alles mögliche thut, die Errungenschaften der Septemberrevolution vollkommen zu beseitigen. Hierher gehört, wie schon in der Mittheilung erwähnt, in erster Linie die seit jener Zeit bestehende Kultusfreiheit. Man ist gegen diese durch Schließung mehrerer pro-

testantischer Kapellen in Madrid und Cadix, sowie durch Unterdrückung protestantischer Blätter vorgegangen. Der Chef der Regentenschaft Herr Canovas del Castillo hat bekanntlich erklärt, daß die katholische Kirche die aller Spanier sei, welche überhaupt eine Religion besäßen. In den letzten Regierungsjahren der Königin Isabella sei die Kirche genau auf ihr Herrschaftsgebiet beschränkt gewesen und habe man Uebergreife derselben nicht geduldet, unter der Revolution aber sei sie nicht nur unterdrückt, sondern sogar verfolgt worden. Aus den Kirchen habe man Kasernen gemacht, trotz des Konkordats seien die Priester ohne Sold geblieben, die Religion sei beschimpft worden. Dies werde die neue Regierung nicht dulden. Sie wolle die Kirche wieder in den Vollgenuss ihrer garantirten Rechte setzen und nicht zugeben, daß die Religion der Majorität der Spanier molestirt werde. Die Frage der Kultusfreiheit müsse vorbehalten bleiben; sie habe für Spanien wenig Bedeutung, da in Spanien nur die Fremden (?) andern Bekenntnissen als denen der römischen Kirche angehören. Ein madrider Korrespondent der „Times“ läßt sich in Bezug auf diese Dinge sehr pessimistisch aus. Er glaubt, daß die Frage der Kultusfreiheit eine der Klippen sein werde, an welchen die neue Regierung scheitern müsse und meint dann:

Zwei oder drei Mitglieder derselben (der neuen Regierung) gehören zu der extremen päpstlichen Partei und werden Alles aufbieten, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen. Canovas selbst hat freisinnige Anschauungen hinsichtlich dieses Punktes, und es ist wohl kein Mißbrauch des Vertrauens, mitzutheilen, daß er mir erst ein Paar Tage vor dem Militär-Prönunziamento, als er, wie ich fest überzeugt bin, eine derartige Wendung noch für gar nicht so nahe hielt, in einer Unterredung erklärte, er und seine Gesinnungsgenossen möchten am liebsten die Religionsfrage genau auf dem Punkte lassen, wo sie dieselben fänden. Sie wären ganz zufrieden, wenn sie sich gar nicht in die Sache zu mischen hätten, sondern auf dem Standpunkte der Konstitution von 1869 bleiben könnten. In besagter Konstitution wird erklärt, daß die Nation den Klerus und den Dienst der katholischen Kirche als Staatskirche aufrechterhalten solle, daß aber alle Spanier und Ausländer vollständige Freiheit genießen sollen, jede beliebige andere Religion zu bekennen. Wenn es Canovas gelingen sollte, seine Kollegen zur Annahme dieses Paragrapen zu gewinnen, so wäre ein großer Stein des Anstoßes für In- und Ausland beseitigt, denn wenn auch im Vergleich mit den Katholiken die Zahl der Protestanten nur gering ist, so fällt sie doch in den Statistiken nach vielen Tausenden ins Gewicht. Madrid, Cadix, Sevilla, Barcelona, Malaga und andere Städte haben ihre protestantischen Kirchen und die Zahl der spanischen Protestanten, welche regelmäßig jeden Sonntag die protestantischen Kirchen in Madrid besuchen, ist nicht weit unter 4000 bis 5000.

Lokales und Provinzielles.

Fosen, 14. Januar.

Der Kreis der Geistlichen, welche in Sachen des päpstlichen Delegaten vernommen werden, bleibt nicht mehr auf die Delane beschränkt. Wie bereits mitgetheilt, sind auch bereits mehrere Präbste in dieser Angelegenheit verhört worden und in diesen Tagen haben dem „Kurier Parnassus“ zufolge auch zwei frühere Konfistorialbeamten in Osnabrück, die Vikare Gdezyhl und Koga eine Vorladung zu einem gerichtlichen Termine in Sachen des Delegaten erhalten.

Die gesetzmäßige Wiederbesetzung eines Pfarramtes, das ein Jahr lang erledigt war, muß nach einem Erkenntnis des Obergerichtes vom 15. Dezember 1874 in definitiver Weise erfolgen. Die dauernde provisorische Verleihung dagegen genügt den bezüglichlichen gesetzlichen Vorschriften vom 11. Mai 1873 nicht und der so angestellte Geistliche ist nach § 23 des gedachten Gesetzes strafbar.

Dem Pfarrverweser K. wurde das Pfarramt zu A. provisorisch übertragen, in welchem er geistliche Amtshandlungen auch dann vornahm, nachdem er vom Obergerichte benachrichtigt worden, daß das Zwangsverfahren behufs Wiederbesetzung der Stelle (§ 18, Absatz 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1873) eingeleitet sei. Wegen Verletzung des § 23 des gedachten Gesetzes angeklagt, wurde derselbe in zweiter Instanz verurtheilt, indem der Appellationsrichter von der Rechtsanschauung ausging, daß ein Pfarramt überhaupt nur dauernd wieder besetzt werden könne durch Bestellung eines Pfarrers und daß deshalb auch nur eine definitive Bestellung zum Pfarrer einen Geistlichen zu einem im Sinne der §§ 18 und 23 dauernd angestellten Pfarrer machen könne. Dieser Anschauung schloß sich auf die Wichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten das Obergericht an, indem es aus-

führte: Die §§ 11 und 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 geben zunächst ihrem Wortlaute nach keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß unter einem nicht dauernd verwalteten Amte nur ein jederzeit widerrufliches Amt verstanden worden sei; im Gegenteil weisen die Ausdrücke „dauernd zu besetzen“ und „Wiederbesetzung der Stelle“ darauf hin, daß unter einer dauernden Verleihung nur definitive Verleihung der Stelle, und mithin unter einer nicht dauernden Verwaltung nicht bloß eine jederzeit widerrufliche, sondern eine jede provisorische Verleihung ohne Rücksicht auf ihre beliebige Widerruflichkeit gemeint sei. Das Gegenteil ergibt sich auch nicht aus den Motiven zu § 23. Die in denselben mehrfach vorkommenden Ausdrücke „Wiederbesetzung der Pfarrstellen“ und „Pfarrbesetzungsrecht“, weisen darauf hin, daß der Gesetzgeber eine definitive Verleihung der Pfarrstellen erzwingen wollte, ohne welche auch der ausgesprochene Zweck, zu verhüten, daß die Geistlichen auch in ihrer äußeren Existenz in völlige Abhängigkeit von den geistlichen Oberen gerathen, nicht vollständig erreicht werden konnte.

M. Im Verein junger Kaufleute hielt Herr Dr. Eras aus Breslau am Sonnabend einen Vortrag über das Bankgesetz vor dem Reichstage. Redner gab zuerst eine Erklärung über die Natur der Banknote, welche weder ein Wechsel noch ein nicht voller Metalldeckung Geld sei. Die unbeschränkte Emission der Banknoten sei im höchsten Grade gefährlich und die Erkenntnis dieser Gefahren habe in Deutschland Anhänger der engl. Currency-Partei (Metall Temperanceler) geschaffen, welche gegen jede nicht durch Metall gedeckte Notenausgabe sind. Redner bekämpfte diese Theorie, da Produktion, Handel und Industrie durch billigen Kredit u. t. s. v. m. unterstützt werden müssen, denn größerer Verkehr verlange größere Umlaufsmittel. Die Meinung dieser Partei, daß die ungedeckte Notenausgabe die engl. Handelskrisen herbeiführt habe, ist unrichtig, vielmehr sei die Ursache — wie Prince Smith in seiner Schrift über den Kredit nachweist — in dem umfangreichen Geld- und Depositenverkehr der engl. Banken zu suchen. In einem der letzten Jahre betrug der Umlauf des Londoner Clearing-House ca. 300 Millionen Pfd. St. oder 2000 Millionen Thaler. Auf der anderen Seite stiehe die Partei für Notenbanken und auf deren äußerstem Flügel Herr Otto Hübner, welcher unbeschränkte Notenausgaben für einen Jeden haben wolle. Diesen Standpunkt nehme aber heute sonst Niemand mehr ein. Ist werde von dieser Partei die günstige Wirkung der Suspension der Beelsaete in England bei Krisen hervor gehoben. Die Beelsaete bestimmt nämlich, daß die Bank von England nur bis 15 Millionen Pfd. St. ungedeckte Noten ausgeben dürfe, während über diese Summen hinaus Metalldeckung vorhanden sein müsse. Drei Mal mußte jedoch bei Krisen zur Unterstützung des arg bedrängten Handels die Beelsaete suspendirt und fernere ungedeckte Noten ausgeben werden. Allerdings traf es sich, daß mit der neuen Notenausgabe die Krisen die Beförderung folgte, allein dies war nicht eine Folge der Notenpresse, denn die Suspension der Note erfolgt immer erst, nachdem die Krisen den Culminationpunkt überschritten, und die Krisen bereits überwunden war. Die neue Bankvorlage nun entspringe aus dem Bedürfnisse einer einheitlichen Bankgesetzgebung, doch kann dieses Ziel wegen der bestehenden Schwierigkeiten vorerst nicht erreicht werden. Der gordische Knoten seien die bestehenden Zettelbanken. In Preußen ist man mit den bestehenden Zettelbankkonfessionen sehr unzufrieden umgegangen, denn hier hat nur die Preussische Bank das Recht der unbeschränkten Notenausgabe, während in den Rheinprovinzen fünf Banken mit unbeschränkter Notenausgabe und mehrere mit einer langdauernden Konfession — die Bremer Bank sogar auf ewige Zeiten — abgedacht seien. Die hauptsächlichsten Vorschläge zur Vereinfachung dieses Uebelstandes gehen dahin, diesen Banken die Konfessionen durch Reichsgesetz zu nehmen. Dieser Vorschlag ist aber nach Ansicht des Redners weder gesetzlich durchführbar, noch politisch klug, denn ein Reichsgesetz könne nicht eine Bank — der Reichsbank — eine Konfession geben und zugleich diejenige anderer Banken unterdrücken, höchstens könne man ein Gesetz decretiren, welches jede Notenausgabe im deutschen Reiche untersagt. Damberger verlangt eine Reichsnotenbank, welche den Kredit des ganzen Reiches besorge und beaufsichtige. Eine solche Bank sei aber gefährlich, denn als alleinige Geldgebieterin lägen Uebergreife in Zeiten der hochwogenden Spekulation sehr nahe; die Erfahrung, daß ein solches Institut die Vorlesung spielen wolle und dadurch Uebelstände theils hervor rufe theils verschlimmere, spricht gegen dieses Projekt, selbst wenn die oben bereits angeführten Bedenken nicht vorhanden wären. Der Entschädigungsvorschlag der konfessionirten Banken bringe eine Lösung zwar näher, sei jedoch unannehmbar, weil die Forderung der vereinigten Bank = Vorkände unter Leitung des Herrn Kühne, welche natürlich die Bankgesetzgebung in ihrem Sinne durchführt, aber am liebsten ganz beseitigt haben wollen, den Banken für Aufhebung der Konfession 70 Millionen Thaler zu zahlen, dem Reichsfiskus zu theuer zu stehen kommen würde. Das allein richtige trifft die Regierungsvorlage, welche zwar an den Rechten der Banken nicht rüttelt, aber, falls die Banken sich der Reichsbankgesetzgebung nicht freiwillig unterwerfen wollen, die Konfessionen auf das Gebiet beschränkt wissen will, für welches die Konfession zum Geschäftsbetriebe erteilt worden ist. Da also z. B. die Bückeburger Bank nur für Bückeburg konfessionirt ist, so soll ihr verwehrt sein, im übrigen Deutschland Geschäfte zu machen.

Wie fast ma's uf? „Amendement Laster wird abgelehnt.“ Wie sol' Ma doas verschieb'n? Was meenste, Willem? Der Schneider nahm sich an den Truppen Bum, „weissen Zwerne“ aus se'm Glonse Und spuck' em Bauer uf de Stiefeln Und mederte: „Amendement.“ Aee, weeste doas nit, Koscher? Do hol's do nische zu clabir'n? Sperz' oculus — „Am — ende — ment“ — Woas sol' denn doas no' weiter heesen, Als wie: „Am Ende meent der Laster, 's wird abgelöst; 's fällt ei de Baache.“ Dennt s'ich, der Laster is kee' Guder, Wenn a Gesele, daß's i'm su Für „treffe“ vürklumt und nit, „Koscher.“ Macht a Speltat, Mordspeltat, Eb o' der Bismarck selber dofst Und ei se'm Partesölle lueht. Wenn Ole schun gespruchen ha'a, Do nit a uf' schla' uf a Tiel Und woas a ju, „am Ende meent“ — Doas ailt o, wie beim Baster 's Amen.“ Nu nahm der Unbat sich a'n Schuck Und sa'te zu dem Gode: „Gode, Kreag Denne Planze, kragt Dei Junge An' sitten Kupp wie Du, woahrhaftig, Juriste luf' ich i'n huddiren, Und wenn's glev' fufse'n Alsen luf'!“

Wir haben das Buch mit herzlichem Vergnügen gelesen und sind überzeugt, daß es allen Freunden der Dialektpoesie willkommen sein wird. Speziell der schlesische Dialekt ist zu seinem Verständnis wenig Verschieden voraus.

Dr. Sanders und Dr. Stephan.

Die nachstehende Mittheilung eines Briefes von Dr. Daniel Sanders, Herausgeber des bekannten Wörterbuchs der deutschen Sprache, an den General-Postdirektor Dr. Stephan nebst der Antwort des letzteren dürfte auch für weitere Kreise ein Interesse haben.

I. Brief des Dr. Daniel Sanders an den General-Postdirektor Dr. Stephan. Hochverehrter Herr. Daß ein Mann, dem wir auf dem Gebiete des Postwesens so ungemein Großes verdanken, sich nun auch der Mühe unterzogen hat, unnütziges Fremdwörter durch deutsche zu ersetzen, hat mich, da ich die Pflege und Ausbildung der Muttersprache

zu meinem Lebensberuf gemacht, mit hoher Freude erfüllt. Möchte dieser Ihr Vorgang auch nur recht bald auf andern Gebieten eifrige Nachfolge finden! Die neu eingeführten Ausdrücke sind dabei so glücklich und zutreffend gewählt, daß sie sich gewiß leicht und schnell allgemein einbürgern werden. Nur gegen einen einzigen ließen sich vielleicht nicht ganz unangelegentlich Bedenken erheben, gegen die Verdrängung von „rekommandirt“ durch „eingeschrieben“ u. s. w. Würde der deutsche Ausdruck nur von Briefen gebraucht, so ließe sich nichts dagegen erinnern, aber in der Anwendung auf Packstücke (wie ich für Packete zu sagen vorschlage), die ja auch unrekommandirt eingeschrieben oder eingetragen werden, erscheint die Bezeichnung nicht mehr ganz zutreffend. Ich erlaube mir deshalb einen anderen Vorschlag, ohne ihn als einen ganz befriedigenden bezeichnen zu wollen, aufzulegen, wenn er zu einem solchen vielleicht auch nur die Anregung giebt.

Wer eine Postsendung rekommandirt, will sie nicht mit der Gesamtheit der übrigen Sendungen gleich behandeln, sondern daraus zu besonders sorgfältiger Beachtung ausgehoben wissen. Mein Vorschlag wäre demnach für „rekommandirte Briefe, Sendungen u. s. w.“ zu sagen: „a: geschoben“ oder „Aushebebriefe“ u. s. w. und für „Rekommandationsgebühr“ „Aushebegebühr“.

Selbst wenn Sie, hochverehrter Herr, diesem Vorschlage vielleicht auch Ihre Billigung nicht erteilen, so werden Sie mir doch, wie ich mit Zuversicht hoffe, die Mittheilung desselben nicht verübeln und mir zugleich gestatten, einige schon in meinem „Fremdwörterbuch“ gemachte Verdrängungsvorschläge aus dem Gebiete der naherwandten Telegraphie bei dieser Gelegenheit Ihrer geneigten Beachtung zu empfehlen, nämlich für „Telegramm“ — „Drabbericht“ und „Kabelbericht“, nach der Ähnlichkeit mit dem in der Kaufmannswelt schon allgemein üblichen „Drabantwort“, dazu dann für „telegraphiren“ — „drabten“ und „kabeln“, nebst „zurückdrabten“, zurückkabeln, Rückdrabting bezahl u. s. w. Drabting, Kabelung, Drabtingsamt (für Telegraphenbureau), Drabtingsbeamter (für Telegraphist) u. s. w.

Gemüthlich Sie u. Altzeitig in Mellenburg, den 6. Januar 1875. II. Antwort des General-Postdirektors Dr. Stephan an Dr. Sanders. Berlin W., 8. Januar 1875.

Hochgeehrter Herr! Indem ich Ihnen für Ihr geschätztes Schreiben vom 6., welches eine mir sehr erfreuliche Würdigung des bei Feststellung der Ausdrücke in der neuen Postordnung beobachteten Grundsatzes in den Kreisen hervorragender Fachmänner enthält, meinen verbindlichsten Dank sage, gebe ich mich zugleich der Hoffnung hin, daß es mir vielleicht gelingen wird, den Einwand gegen die Wahl des Ausdrucks „eingeschrieben“, beziehungsweise „eingeschrieben“ vom Stande der Postverwaltung aus für „rekommandirt“ zu beseitigen. Die Voraussetzung, daß alle Packete, gleichviel welcher Gattung, unter Einschreibung verhandelt werden, ist nämlich nicht ganz zutreffend. Die gewöhnlichen Packete werden zwar am Aufgaborte durch einen gebucht und beziehungsweise am Bestimmungsorte den bestellenden

Boten stückweise übergeben; während der eigentlichen Beförderung hingegen werden sie in die Ladezettel nur der Gesamtstückzahl nach vermerkt und demgemäß verladen. Und dies ist aber (abgesehen von den überhaupt nirgends eingeschriebenen gemischlichen Briefen) das unterscheidende Merkmal gegenüber den jetzigen Einschreib- Sendungen, deren Nachweis, gleichwie bei den Geld- und Werthsendungen überall, und zwar auf Grund besonderer Einschreibung von Hand zu Hand erfolgt.

Bei den Geld- und Werthsendungen den „versicherten“ Gegenständen im Sinne des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 ist dieses Zug um Zug stattfindende Eintragen selbstverständlich; hinsichtlich der Briefe und Packete ohne Werthangabe bedarf es hingegen, falls die im § 10 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 bestimmte Gewähr eintreten soll, einer besonderen Aufforderung zum Einschreiben; und dieses Verlangen kurz und bündig auszudrücken, ist der Vermerk „einschreiben!“ gewiß geeignet.

In Bezug auf den von Ew. Wohlgeb. empfohlenen Vermerk „ausgehoben“ für „rekommandirt“ als Zeichen der Scheidung von den gewöhnlichen Postsendungen, bemerke ich ergebenst, daß im Laufe der Verhandlungen die Erwägung darüber nicht unterblieben ist, in wie weit der Begriff dieser Scheidung etwa geeignet sei, der neuen Bezeichnung als Grundlage zu dienen. Namentlich ist daher der Ausdruck „sondern“ (Sonderbrief, Sondergebühr u. s. w.) in Frage gekommen. Inbezug hat man sich in dem Bewußt der desfallsigen Verhandlungen festgestellten Aufschüsse bei näherer Prüfung doch bald überzeugt, daß auf diesem Wege eine zweckmäßige Lösung nicht zu erreichen sein würde.

In jedem Falle wird es übrigens der Reichs-Postverwaltung sehr erwünscht sein, in Beziehung auf die Erhebung noch vorhandener Fremdwörter des Rathes und der Unterstützung bedeutender Fachgelehrten sich versichert halten zu dürfen.

Eine vollständige Abschrift eines an die „Dresdner Nachrichten“ gerichteten Briefes (wir haben davon kürzlich Notiz genommen. Red. der Föfener Btg.) ist zu Ew. Wohlgeboren gefälliger Kenntnisaufnahme ganz ergebenst beigelegt.

Mit vorzüglichster Hochachtung u. Stephan.

* Nur praktisch. Bei einer beliebigen Sourette eines Berliner Theaters war kürzlich die Stelle eines Wacens vakant geworden. Ein höherer, schon in vorgerückten Jahren bediensteter Offizier hörte davon, beischloß sich um die Stelle zu bewerben und sandte, an den militärischen Geschäftsgang gewöhnt, seinen Adjutanten zur Einleitung der Verhandlungen in die Wohnung der kleinen Sourette. Der junge Adjutant, anfangs freundlich aufgenommen, wurde jedoch bald kurz abgewiesen. Wenige Stunden darauf erhielt sein Chef ein zierliches Billet von der Künstlerin mit den lakonischen Worten: „Ich bitte in Zukunft Ihren Bankier zu schicken.“

womit dann der Kreis ihrer Notenausgabe begrenzt werden würde. Wesentlich sei es auch, daß nach der Bankvorlage das Reich das Recht der Kündigung der Bankkonfessionen habe. Nachdem wir, schließt der Redner, im Deutschen Reich nur eine Maß- und Gewichtsordnung, nur eine Münzordnung und gemeinsames Handelsrecht erlangt haben, bleibt zu wünschen, daß in nicht zu ferner Zeit für das ganze Reich nur ein Bankgesetz gellen werde.

r. Mehrere Hundert-Mark-Banknoten sind in diesen Tagen bereits bei der hiesigen k. Bank eingetroffen. Dieselben zeichnen sich durch eine sehr scharfe und saubere Ausführung aus.

r. Aus Warschau wurde neulich, wie bereits mitgeteilt, der fiedrichs verfolge Kaufmann Entschotta hierher transportiert. Auch mehrere andere Posener, die von hier ausgetrieben sind und fiedrichs verfolgt werden, sollen sich, wie man hört, in Warschau, und zwar unter fremden Namen, aufhalten, so der Kaufmann Kiliński, der Kaufmann Biernski, der Zahnarzt K. u.

— **Die nach Nord-Amerika ausgewanderten** Deutschen senden häufig kleinere Geldbeträge durch Vermittelung amerikanischer Agenten, Bankhäuser u. s. w. an ihre in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen. Diese Art und Weise der Geldübermittlung ist in der Regel recht kostspielig und führt auch in vielen Fällen Verzögerungen in der Ueberkunft der Geldbeträge herbei. Es kann den in Deutschland wohnenden Empfängern nicht genug empfohlen werden, die Aufmerksamkeit der Agenten in Nord-Amerika darauf hinlenken, daß das Postanweisungswesen, d. i. die Einzahlung des Geldes bei der nächsten, hierzu ermächtigten Postanstalt in den Vereinigten Staaten, den billigsten, sichersten und schnellsten Weg zur Uebermittlung kleiner Geldbeträge nach Deutschland bildet. Die eingezahlten Beträge werden den Adressaten auch in den kleinsten Dörfern Deutschlands ohne Verzug ausgestellt.

Diebstähle. Gestohlen wurde aus verschlossenem Boden auf der Berlinerstraße mittels Nachschlüssels ein Bettladen; ferner aus der Stallung eines hiesigen Hotels einem Kutscher aus Pawlows bei Risikowo ein schwarzer Schafpelz ohne Ueberzug.

r. Zu Zerphe lieferte einer der dortigen öffentlichen Ziehbrunnen, der sonst ein recht gutes Wasser gab, seit einiger Zeit ein höchst übelriechendes Wasser, welches überdies durch schwarze Haare verunreinigt war, so daß die Polizei aus sanitären Rücksichten sich veranlaßt sah, denselben schließen und unterkufen zu lassen. Es stellte sich heraus, daß auf dem Grunde des Brunnens ein Hundskopf lag, der sehr stark in Verwesung übergegangen war. Weitere Recherchen ergaben, daß im Sommer v. J. dem verstorbenen Restaurateur Fischer zu Zerphe ein schwarzer, fetter, großer Hund gestohlen worden war, und daß der gefundene Kopf von diesem Hunde herrührte. Offenbar hat der Dieb den Hund geschlachtet und den Kopf in den öffentlichen Brunnen geworfen. Natürlich ist dieser Brunnen jetzt gründlich gereinigt worden.

— **Aus dem Kreise Meseritz** wird der „Kreuzzeitung“ unter dem 12. d. geschrieben: Zu der übermorgen in Pomst stattfindenden Er-fahrung eines Abgeordneten für den Wahlkreis Meseritz-Pomst an Stelle des zum Landwirtschafts-Minister ernannten Dr. Friedenthal ist von deutscher Seite von konservativer Seite man nicht sagen, denn die Konservativen haben im diesseitigen Kreise nur noch unbedeutenden Einfluß) die Wiederwahl des Dr. Friedenthal dringend empfohlen worden. Von gegnerischer Seite wird der Lehnshaus-Mars-graff aus Altenhof als Kandidat vorgeschlagen. Man kann nicht sagen, daß er, wie einige Provinzialblätter ihn nennen, polnischer Kandidat sei. (Marsgraff ist von dem polnischen Provinzial-Wahlkomitee als Kandidat aufgestellt worden. — Red. der Posener Btg.) Er ist deutscher Nationalität und Katholik, wie es denn im diesseitigen Kreise viele Katholiken giebt, die kein Wort polnisch verstehen, von deutscher Abkunft sind und ihrer Konfession wegen zu den Polen gezählt werden. Die Konfession giebt aber bei der Wahl den Ausschlag.

XX **Obornik, 12. Januar.** [Fruchtlose Exekution.] Dieser Tage erschien bei dem Landtagsabgeordneten Probst Zietkiewicz in Obierze ein Exekutor, um die gegen ihn von dem königlichen Diözesanverwalter verhängte Administrativstrafe in Höhe von 30 Tblr. beizutreiben. Wie bei so vielen Amtsbürokraten des Herrn Probstes, so fiel auch hier die Exekution fruchtlos aus. Der vorsorgliche geistliche Herr hatte bis auf das Notwendigste seine Utensilien veräußert.

z. Zirkstiegel, 13. Januar. [Eine Messeraffäre.] Vorgestern Abend spielen im hiesigen Heineichen Gasthofe ein paar Fremde, welche dort eingekehrt waren, mit einigen hiesigen Handwerkern ganz gemüthlich Karten. Dabei kam es jedoch sehr bald mamentlich zwischen einem der beiden Fremden und einem hiesigen Klempner zu einem heftigen Streite, wobei der erstere Drohungen gegen den letzteren laut werden ließ und sich aus dem Lokale entfernte. Inzwischen war auch der Schwarzhändler Händelke von hier in dem Lokale erschienen. Derselbe war erst spät von einer Reise aus der Umgegend zurückgekehrt, bezehrte sich Abendbrot und entfernte sich bald darauf (kurz nach 11 Uhr) wieder. Kaum war er jedoch auf die Straße getreten, so überfielen ihn die beiden Fremden, welche ihn offenbar verkannten, und der größte derselben, Gasthofbesitzer G. aus Neu Borow, Kreis Pomst, brachte ihm mit einem Taschenmesser eine 4 Zoll lange Wunde in den Hals bei. Nur dem Umstande, daß das Messer keine Spitze mehr hatte, ist es nach dem Urtheil des Arztes zuzuschreiben, daß Händelke nicht sofort todt zusammenbrach, sondern mit einem mehrblessenden Krankenlager davon kommen wird. Vor weiteren Mithandlungen wurde Händelke durch das Hinzukommen der übrigen Gäste aus dem Lokale geschickt. Ein Tischler, welchem die plötzliche Entfernung des Fremden auffallen war, folgte unmittelbar hinter dem herausstretenden Händelke und sah, wie er gestochen wurde. Auf seinen Hilferuf stürzten sofort alle Gäste aus dem Zimmer, entwandten dem Messerhelden seine Waffe und bearbeiteten ihn vermaßen mit den Fäusten, daß ihm wohl für einige Zeit die Luft zu dergleichen Angriffen vergangen sein wird. Derselbe ist außerdem heute der lgl. Staatsanwaltschaft zu Meseritz zur Bestrafung überliefert worden.

k. Schneidemühl, 13. Januar. [Schmuraericht. Mord.] Auf der Anlagebank erschien heute der Häusler August Lieske aus Ehrhardsdorf bei Jülich. Dieser, ein kleiner, 19-jähriger Bursche, mit einem blassen, knabenhaften Gesichte, wird angeklagt, am 12. Juni v. J. seine Ehefrau vorsätzlich getödtet (ermordet) und diese Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Es wird uns hier ein Familiendrama vorgeführt, wie es trauriger wohl nicht gedacht werden kann.

Der Angeklagte heirathete als ein Knabe von kaum 18 Jahren, auf vieles Jureden seiner Eltern ein 46-jähriges Weib, die Besitzerin einer Wirthschaft, natürlich nur aus dem Grunde, um vom Aelteren zum Besseren zu avanciren. Die Frau, bekannt als eine höchst liebesüchtigen Frauenszimmer, die nebenbei die Treue in der Ehe nicht sehr ernst nahm, lebte mit ihrem Gatten stets in Zank und Streit und es fehlte nicht an handgreiflichen Konflikten beiderseits. Im Juni v. J. hatte der Angeklagte seine Ehefrau, mit Hilfe seiner Mutter, an Händen und Füßen gefesselt, in eine Kammer exorbitirt und die Kammer von außen mit einem Stricke zugebunden. Hier hätte die Frau vielleicht verborgen müssen, wenn sie nicht mit ihren Zähnen die Stricke an den Händen zernagt, die Stricke an den Füßen aufgelöst und durch das Fenster sich ins Freie geschlichen hätte. Am Tage darauf verklagte die Frau ihren lebenswüthigen Ehemann bei der Staatsanwaltschaft zu Schneidemühl und beantragte seine Bestrafung. Am 12. Juni wurde der Riese in Folge Requisition des Staatsanwalts von dem Distrikts-Kommissar in Jülich verantwortlich vernommen und mag wohl hier schon zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß es ihm an den Fesseln gehen werde. Die Ehefrau, der das Wohl ihres geliebten Mannes sehr am Herzen zu liegen schien, ging auch nach Jülich, um zu sehen, wie es ihm erginge. Hier trafen beide Eheleute zusammen und begaben sich scheinbar im besten Einvernehmen auf den Heimweg; doch scheint es, als wäre hier der Haß des Mannes gegen die Frau auf dem höchsten Punkte angelangt; denn auf dem Heimwege in einem Walde erwürgte er die Frau, ließ sie liegen und ging nach Hause. Hier angekommen, daß er mit der größten Seelenruhe sein Abendbrot und

legte sich zu Bett. Am nächsten Morgen nahm er einen Spaten, begab sich an den Ort der That und verscharrte die Frau. Auf die Frage eines Bekannten, wohin er so früh mit dem Spaten wolle, erwiderte er: er wolle einen alten Hund verscharren. Als die Nachbarn die Frau vermiften, brachten sie die Sache zur Anzeige, und nach einigem Suchen wurde die Leiche an der bemerkten Stelle gefunden. Der Sektionsbefund ergab, daß die Frau den Erstlingsstoß gestorben war und daß dieser durch längeres Zuspätschieben der Leiche erfolgen mußte. Weil der Verdacht sofort auf den Ehemann fiel, so wurde derselbe verhaftet. Bei seiner Vernehmung leugnete er zunächst hartnäckig, doch mußte er bald darauf zugeben, daß nur er der Thäter gewesen sein konnte. Nach seinen Ausführungen soll die Frau ihn unterwegs fortwährend geschimpft und ihn schließlich hinterläß an-gesessen haben, um ihn zu erwürgen. Da habe er sich denn geweigert, und als die Frau einige Hiebe weggebracht, sei sie umgefallen; er habe sie natürlich liegen lassen und sei nach Hause gegangen. Daß sie hier gestorben, daran sei er nicht schuld. Der Angeklagte machte während der ganzen Verhandlung, (wie die Staatsanwaltschaft sich ausdrückte), den Eindruck eines wunderbar naiven und dabei eben so frechen Menschen. Kein Zeichen von Reue konnte man in seinen Zügen lesen; was man las, war nur Trost. Die Staatsanwaltschaft hielt die Anklage wegen Freiheitsberaubung und Mordes in allen Punkten auf-recht. Der Verteidiger hingegen bestritt, daß dem Angeklagten die Ueberlegung vor Vollbringung der That nachgewiesen sei und beantragte, nur das Schuldig wegen Todtschlags auszusprechen und außer-dem mildernde Umstände zu bewilligen.

Die Geschworenen theilten die Ansicht des Verteidigers und sprachen das Schuldig wegen Todtschlags, unter Bewilligung mildernder Umstände aus. Der Gerichtshof erkannte darauf dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 5 Jahre Gefängniß und Tragung der Prozesskosten.

Zur Entwaldungsfrage.

Wir brachten im vorigen Jahre von Herrn Dr. Roux-Zyckero (bei Kröben) zwei Artikel, worin dieser im Gegensatz zu der herrschen-den Ansicht, die Entwaldung als ein Glück pries. Obwohl wir selbst zur Widerlegung dieser Ansicht einluden, ist uns doch von keiner Seite eine Entgegnung zugegangen, so energisch auch privatim die Ansicht bekämpft wurde. Wir glauben, daß die für uns so ungemein bedeutungs-volle Frage nicht einmal in unseren landwirthschaftlichen Vereinen An-lag zu weiteren Erörterungen gegeben hat. Herr Dr. Roux hat da-rauf seine Ansicht in der „Deutsch. Landw. Presse“ vertheidigt und da-mit folgende Entgegnung erzielt, welche natürlich nur die klimatische Bedeutung des Waldes auf den Pflanzenbau nicht auf die allgemeine Volkswirthschaft darthut und auch die Frage über den Einfluß der Entwaldung auf die Gesundheitszustände außer Acht läßt. Der Artikel lautet:

Der Herr Verfasser fordert Gegengründe, welche ihm ein Land-mann aus seiner praktischen Anschauung herauszubringen bereit ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer geschlossener Waldkomplex in-sich einen ungünstigen Einfluß auf das Klima ausübt, als er viel Wärme konsumirt. Unter dieser Schädlichkeit hat aber nur die aller-nächste Umgegend des Waldes zu leiden. Wenn freilich — nach Tacitus — das alte Germanien fast nur einen zusammenhängenden Wald mit weit ausgedehnten Sümpfen, welche ja in dem Winden von Wärme den Wald noch übertreffen, bildete, so darf es uns nicht wundern, daß es den vorwiegend römern sehr rauch erschien. Unter heftigen Winden litt es aber wohl keinenfalls; Tacitus sagt ja auch nur, daß Deutschland dort „feuchter“ gewesen sei, „wo es nach Gal-lien, wändiger, wo es nach Noricum und Bannonia hinführt“, das heißt also nur im Gebirge! — Dort stößt sich der Wind an den glatten Felswänden, daß er mit verdoppelter Gewalt abbiegt. Den Wirbelsturm aber in seiner verheerenden Bahn auf der Ebene aufzuhalten und seine Kraft wirklich vollständig zu brechen, giebt es kein besseres Mittel als den Wald. Diesem wider Germanien wird das heutige entwaldete Norddeutsches mit seinen sonnigen Tagen ent-gengegestellt. Nun, ich halte dafür, daß es eine Zeit gab, wo unter Klima doch angenehmer war, und die Natur die Mähen des Landman-nes reichlicher belohnte.

Wir haben jetzt das richtige Verhältniß zwischen Wald und freiem Feld, wodurch ein gutes Klima bedingt wird, schon seit Jahrhunderten nach der anderen Seite überschritten. Es befand sich aber im Gleichgewicht damals, als die alten Haine sich löschten, und zwischen den überall lühig fortwährenden einzelnen Bruchstücken den Land-mann seine Furchen ziehen sahen. Zu der Zeit lachte unseren Gegen-ten ein silberer Himmel! In Preußen z. B. fällt dieser Zeitpunkt in das 14. Jahrhundert, wie unter dem Schutze des deutschen Ordens Ackerbau und Handel aufgeblüht waren. Auf den hohen Ufern der Weichsel gedieh damals die Rebe in ausgedehnten Kulturen so gut, daß man dort einen vorzüglichen Wein kelterte, welchen wir heute erst mehrere Grade südlicher finden, und Grüneberger würde den alten Römern wohl kaum gemundet haben.

Aber auch die Freude an der „guten alten Zeit“ unserer Vorfahren möchte ich mir nicht verderben lassen. Weizen und Gerste lohnte ihnen besser als uns, wo nur irgend gebräugliche Boden = Ent-wäl-sung stattfand. Daran fehlt es freilich vielfach. — Daß wir jetzt seltener einen schneereichen Winter haben, ist unser Schade. Denn der Schnee bildet die natürliche Winterdecke des Erdbodens und ist noth-wendig zu einer guten Sommerfrucht. Herr Dr. Roux giebt viel auf den historischen Beweis. Nun, meine Voreltern, obgleich Do-mainen-Pächter, waren nie gegen Hagel versichert. „Es hagelt nur am Wasser herum“, hieß es damals. Seitdem ist ein Kreis nach dem andern in das ichwarze Reich der Versicherungs-Gesellschaften gekommen, und heute hagelt es überall.

Ohne hinklingenden Regen haben wir keine Futtermittel. Daß die Entwaldung ihn uns entzieht, wird bereits allgemein zugestanden. — Ohne Sonne aber giebt es kein Korn, keinen Wein. — Auch das Notstandsjahr in Preußen und alle anderen „nothen“ Jahre hat uns der Mangel an Baumschlag gebracht! Doch dafür wird man noch den Beweis erwarten.

Denken wir uns eine weite Ebene, auf welcher der nördliche Luft-strom mit dem Äquatorialstrom um die Oberhand gestritten hat. Dabei ist viel Wasser geflossen, und zwar je unübersichtlicher die Diffe-renz der Kämpfenden, desto mehr. Ueber die alte Meeresfläche stürmt der Nordwind mit dem starken Uebel der Eiregion. Ihm entgegen braust der heiße Süd durch das flache Land in dampfenden Schübe. Da fallen die Meereswogen in Plagregen und Hagel zur Erde, und der Boden kühlt sich dadurch, auch nach den heißesten Sommertagen, außerordentlich ab. Der Südstrom hat gesiegt. Er legt nun unau-fgehalten über die ebene Fläche und gelangt dadurch mit seiner hohen Temperatur, welche immer viel Feuchtigkeit führt, zu schnell in kältere Breiten, wo die Wasserflächen sofort zusammenfallen müssen. Dabei hält er sich stets in harter Verührung mit dem kalten Boden. Die Abkühlung erfolgt in immer mehr überstürzender Weise, — und die Wolken scheinen sich förmlich über uns auszuschütten. Dies Verhältniß kann oft wochenlang dauern.

Betrachten wir dagegen dieselben atmosphärischen Vorgänge über einem weiten, bewaldeten Lande, so können die Luftströme hier schon von vorne herein nicht mit solcher Behemung auf einander plagen, da der elastische Baumschlag ihre Kraft absumpft. Der Südwind hat, indem er die Wälder durchdringt, jedes einzelne Blatt berührt, und sich am Laube abgibt, der Nord dagegen viel an seiner Kälte verloren. Bei ihrem Zusammenreffen sind die Gegenläufe nicht mehr so groß, die Niederschläge also auch nicht mehr so heftig. Und wenn dann end-lich der Südwind die Oberhand gewonnen hat, so berührt er nicht den kalten Boden und schlägt sich in dem von ihm selbst bereits er-wärmten Gase nur in feineren Tropfen nieder.

Es findet hier also nie eine so gewaltige Wasserfluth statt wie auf der kalten Ebene (und dies mag der Grund sein, daß dort der Regen nicht jedes Mal eine schroffe Abkühlung bewirkt. In unseren Gegen-

den gehört ein warmer Regen fast schon zu den poetischen Fabeln. — Red. d. Pos. B.)

Aber noch einen anderen Umstand möchte ich allgemeiner Beob-achtung empfehlen. Sollte nicht der Südwind, wenn er in seiner Kraft gebrochen ist, auch wieder leichter von dem zurückflutenden Luftstrom verdrängt werden, und damit eher ein Wetterumschlag ein-treten? Wenn wir hören, daß die Passatwinde auf dem Meere und in der Wüste sich am regelmäßigsten ausbilden, so liegt die Annahme nahe, daß in der gemäßigten Zone auch sich auf einer weiten Ebene leichter eine bestimmte Windrichtung für längere Zeit festsetzt, als dort, wo sie vielfach gehemmt und abgelenkt wird.

In der Natur liegt das Streben, ihre streitenden Gewalten in ihrem Schooße auszugleichen. Aber die Kultur geht ohne Rücksicht auf ihre Fingerzeige oft ihrem eigenen Gang. Die auch bei uns jetzt häufiger auftretenden Wirbelstürme mit ihren schweren Unglücksfällen, die jährlich wachsenden Hagelschäden, die extreme Dürre, die periodisch uns heimsuchenden Wasserfluthen — Alles sind Strafen der Natur dafür, daß wir der Erdoberfläche eine Gestaltung gaben, wie sie ledig-lich geeignet ist, den Kampf der Naturkräfte zu verschärfen.

Wie wir aber im Stande waren, diese Uebelstände herbeizuführen, so können wir ihnen auch wieder abhelfen, doch nur durch die fleißige Sorge für Baumpflanzung in der Art, daß wir mit derselben unsere Felder nach allen Richtungen hin durchsetzen.

Dies zu erlangen wäre schon eines kleinen Opfers werth. Wir klagen so gerne über die Lust der Grundbesitzer. Aber stehen die Ein-buken, welche die Hagelschäden der Landwirtschaft auferlegen, ihr wohl nach? Sie auf ein Minimum zurückzuführen, wäre verhältniß-mäßig leicht.

Die meisten Stellen der Amtsvorsteher sind in den Händen der Landwirthe. Wenn alle diese darin wetteifern wollten, daß in ihrem Bezirk jeder Kommunikationsweg regelmäßig mit Bäumen bepflanzt ist, so hätten wir schon dadurch in einer Zeit, die wir abheben können, alle Segnungen des Baumschlags ohne die Nachteile der großen Wälder.

Möchte auch die zu erwartende Wege-Ordnung den Baum-seligen einen gelinden Zwang auferlegen! Bräumer-Brogen.

Aus dem Gerichtssaal.

Hirschberg, 12. Januar. Ueber die bereits telegraphisch gemei-nete Verhandlung gegen den ehemaligen Cameralamts-Direktor von B e r g e r melden die schlesischen Blätter folgende Nähere:

Der bisherige Cameralamts-Direktor Carl Adolph von Berger aus Hirschberg u. K. ist angeklagt, in dem Zeitraum vom 29. Novem-ber 1869 bis Anfang 1874 durch verschiedene selbständige Handlungen fremde bewegliche Sachen, nämlich den Grafen Ludwig Schaffgotsch und Leopold Gottthard Schaffgotsch gehörige Geldsummen von bedeu-tendem Betrage, welche er in Gewahrsam hatte, sich rechtswirrig zu-geignigt, auch beständig einer vom 31. Oktober 1871 ab unterschlagene Geldsumme von 20.000 Tlirn. als Bevollmächtigter des Grafen Leo-pold Gottthard Schaffgotsch über Vermögensstücke seines Auftragsgebers abhöflich zum Nachtheil desselben verfügt zu haben — Vergehen der widerholten Unterschlagung und der Untreue, vorgelesen durch die §§ 216, 266 Nr. 2, 73 und 74 des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich.

Die Anklageschrift behandelte drei spezielle Fälle, nämlich 1) eine Unterschlagung von 15.000 Tlirn., welche am 22. November 1869 als Baarbestand der Forstälte Rynast der Cameralamtsdirektor an sich behielt; 2) die Uebertragung der genannten Summe aus der Haupt-kasse des Grafen Leopold Gottthard Schaffgotsch in die vorgenannte Hauptkasse im Mai 1870 und 3) die Unterschlagung resp. Veruntreuung der bereits erwähnten 20.000 Tlirn. Der Angeklagte ist 72 Jahre alt und befindet sich im Besitz des rothen Adlerordens 4. Klasse, des Kro-nenordens 3. Klasse und der Kronekronenmitz von 1870 und 71 für Nichtkombattanten. Derselbe trat seine Stellung als Cameralamts-Direktor im Jahre 1839 an und stand zuletzt im Dienst des Grafen Ludwig als Generalbevollmächtigter.

Als im Mai 1869 die Uebergabe der Güter an den Grafen Lud-wig Schaffgotsch erfolgte, wurde die bisherige Hauptkasse des Grafen Leopold Gottthard Schaffgotsch von der Kasse des neuen Besitzers ge-trannt und blieb unter der Verwaltung des Herrn v. Berger, der auch die Oberaufsicht über die neue, dem nachmaligen Rentmeister Siebelt zur Verwaltung übergebene Kasse behielt. Der Angeklagte ist gekän-digt, seit Anfang der fünfziger Jahre beträchtliche Summen der Kasse entnommen und in seinem persönlichen Interesse verwendet zu haben. Veranlassung dazu soll der Umstand sein, daß er dem Grafen Leopold, dem älteren, eines Tages die Summe von 1000 Tlirn. aus der Kasse ohne Quittung gezahlt, später aber Anstand genommen habe, den „ver-gessenen“ Grafen an die Quittung zu erinnern, indem er geglaubt, daß Marco durch Vorträge gewinne denken zu können. Dadurch aber habe er Veranlassung erhalten, seit etwa 1851 oder 52 wiederholt Ge-lde der Kasse zu entnehmen.

Aus der dadurch herbeigeführten Verlegenheit des Angeklagten schreibe sich auch die Unterschlagung der erwähnten 15.000 Tlirn. und die Transfession dieser Summe aus der älteren in die neue Haupt-kasse. Nach Aufzeichnungen des Rentmeister Siebelt hatte die ältere Hauptkasse am 23. Oktober 1871 einen Bestand von 23.260 Tlirn. 26 Sgr. 8 Pf. Der Cameralamtsdirektor ließ sich von dieser Summe in seiner Eigenschaft als erster Verwalter der Leopold Gottthard'schen Kasse und Generalbevollmächtigter 20.000 Tlirn. ausbändigen, womit diese Kasse erschöpft war. Bei der gerichtlichen Entfesselung derselben fand in dem Kassenschatz nur die Summe von 37 Tlirn. 27 Sgr. sich vor, von deren Vorhandensein der Angeklagte nichts gewußt hatte. Nach Angabe des Collecteur Meyer in Leipzig soll die Summe, mit welcher der Angeklagte am Potterspiel sich betheiligte, in der Zeit von 1865–68, sowie auch in der Zeit von 1870–73 über 30.000 Tlirn. be-tragen haben. Der Angeklagte gab im Wesentlichen alle Punkte zu.

Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Strafe von 3 Jahren Gefängniß und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Der Verteidiger, Justizrath Karsten aus Berlin, aber führte aus, daß es sich nicht um drei, sondern nur um zwei Unterschlagungen han-deln könne, indem die 15.000 Thaler überhaupt nur einmal unterschla-gen seien. Die Unterschlagung aber sei überhaupt nicht unter Anklage zu stellen, weil sie am 22. November 1869 erfolgt sei und somit über die Verjährungsfrist, die mit dem Tage der eingeleiteten Untersuchung (29. November) zusammenfalle, hinaus reiche. Auch sei zu erwägen, daß der Angeklagte nur in der ihn ergriffenen Angst in kindischer Weise den verletztesten und schimmigen Weg eingeschlagen, um sich zu retten. Er habe im Bewußtsein seiner Schuld gewiß entsetzliche Jahre verlebt und sich selbst gesagt, seine Schuld könne nur durch das Ge-fesselt werden. Redner hob demnach noch hervor, wie im Uebrigen der Angeklagte sich als unheimlich und verdienstlicher Mann, dem auch der Kreis Vieles verdanke, bewährt, und wie seine Stellung als Repräsentant der Herrschaft mit dazu beigetragen, ihn in Aufgaben über seine Kräfte zu veranlassen, endlich aber auch, wie bei einem Manne von 72 Jahren und der Intelligenz, wie sie der Angeklagte besitze, eine und dieselbe Strafe viel härter sei, als bei einem 42-jährigen Manne, und beantragte daher die mildere Strafe von 1 Jahr Gefängniß ohne Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Hierauf verurtheilte der Gerichtshof nach 1½ stündiger Verathung das Urtheil, nach welchem dem Angeklagten wegen wiederholter Unter-schlagung eine Gefängnißstrafe von zwei Jahren und der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei 3 hre, sowie die Tragung der An-terfuchungskosten zuerkannt, von der Anklage der Untreue aber der-selbe freigesprochen wurde.

Es sei zunächst für festzustellen zu erachten, daß der Angeklagte bei der Verwaltung der gräflich Schaffgotsch'schen Güter und des Vermö-gens des einen Grafen, welcher die Güter abgetreten hatte, eine Kasse geführt hat, in der die Hauptbestände der Güter der Herrschaft sich befanden. In Bezug auf die erste Unterschlagung sei die Verjährung eingetreten, da das Vergehen bereits am 22. November 1869 als voll-endet angegeben werden mußte. Dagegen ist festgestellt, daß am 10. Mai 1870 der Angeklagte zur Dedung des Defizits den Betrag von

(Fortsetzung in der Beilage.)

15.000 Thalern aus der älteren Kasse der Graf Ludwig'schen Kasse überwies und somit diesen Betrag zum Nachtheil des Eigenthümers einem Anderen zuwendete. Ferner ist festgestellt worden, daß der Angeklagte vom 31. Okt. 1871 ab in verschiedenen Beträgen allmählig 20.000 Thlr. aus der Graf Leopold'schen Kasse an sich genommen und für sich verwendet hat zum Nachtheil des Eigenthümers. Ein Milderungsgrund für den Angeklagten sei sein offenes Geständnis.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Quistorp'sche Gesellschaftskontur.** Die Bestrebungen des Herrn Heinrich Quistorp, vorerst den Konkurs der Vereinsbank Quistorp u. Co., durch volle Befriedigung der Gläubiger, sowohl an Kapital wie an Zinsen auf dem Wege des Aktordes zu beseitigen und das bedeutende Gesellschaftsvermögen im Interesse der Kommanditisten voll zu verwerten, wird — wie die „B. u. S.“ schreibt — dadurch paralysirt, daß das 1. Kammergericht trotz des Statuts und gegenüber früheren Entscheidungen, seine Beschwerde gegen das 1. Stadtgericht zurückgewiesen hat und ihn somit zwingt, auf Kosten der beteiligten Aktionäre die zeitraubende Vermittelung in weiteren Instanzen anzufragen. Die stadtgerichtliche Entscheidung in Bezug auf die zweite Kommandit-Gesellschaft, die Westphal-Gesellschaft, S. Quistorp u. Co., welche neben allen anderen gesetzlichen Gründen auch vermögend der Einkünfte der Generalversammlung der Aktionäre zu einer Reklamation geführt hat, wird jetzt auch sofort auf dem Wege der Beschwerde an das Kammergericht gelangen, eventuell die weiteren Instanzen betreffen. Im Interesse der Aktionäre beider Kommandit-Gesellschaften wäre es sehr zu wünschen, fährt das genannte Berliner Blatt fort, daß ihren Organen die Verwaltung ihres Vermögens baldmöglichst wieder überlassen würde, da die gerichtliche Vormundschaft störend einwirkt. Die ganze Angelegenheit wird im äußersten Falle dem preussischen Landtage Anlaß geben, sich über die Sache in bestimmter Form zu deklariren; die betroffenen Aktionäre sollen, dem Vernehmen nach, schon in nächster Woche ihre Entschliebung in außerordentlicher Generalversammlung kundgeben.

**** Allgemeine Depositenbank in Vig.** Auf die Aktien derselben soll laut der Bekanntmachung der Liquidatoren jetzt eine Abschlagszahlung von 54 1/2 pCt. = 109 Thlr. oder 327 M. per Aktie erfolgen. Auf diese 54 1/2 pCt. kommen jedoch die bereits früher vertheilten 40 pCt. in Anrechnung, so daß jetzt noch 14 1/2 pCt. oder 29 Thlr. = 87 M. per Aktie zur Ausschüttung gelangen.

**** Madrider Koosse.** Nachdem die spanischen Zustände wieder einer Hoffnung auf Besserung und Klärung Raum lassen, so daß die Besitzer der rückständigen spanischen Coupons wieder Geld für solche einnehmen, dürfte es, schreibt die „Fr. Ztg.“ wohl auch an der Zeit sein, daß das Komitee zur Wahrung der Interessen der Madrider Koosse-Besitzer endlich wieder in Thätigkeit trete. Vielleicht wäre es möglich, den Madrider Municipalrath zu zwingen, wenigstens einen Theil des städtischen Ostrois auf die Abtragung solcher Ehrenschulden zu verwenden. Den Besitzern, welche derzeit bekanntlich 3 Kreuzer per Coupon vorschießen mußten, dürfte übrigens eine Benachrichtigung über den jetzigen Status und die künftigen Aussichten der Stadt Madrid sehr am Platze sein.

**** Venetianer Koosse von 1869.** Ziehung vom 31. Dezember 1874. Auszahlung ab 1 Mai in Berlin bei dem Berliner Bank-Institut Joseph Goldschmidt u. Co. Gezogene Serien. 2475 3654 261 4409 5675 6278 6444 6645 7143 9990 10238 10964 11116 13444 13740 13744 13924 14551 14730 15131.

Gewinne.
Ser. 6444 Nr. 19 a 100.000 Frs.
Ser. 13924 Nr. 10 a 2000 Frs.
Ser. 13744 Nr. 23, Ser. 13924 Nr. 18 Ser. 15131 Nr. 23 a 500 Frs.
Ser. 2475 Nr. 10 11, Ser. 3654 Nr. 6, Ser. 4409 Nr. 20, Ser. 6278 Nr. 10, Ser. 644 Nr. 1, Ser. 6615 Nr. 3 Ser. 9090 Nr. 12, Ser. 13740 Nr. 4, Ser. 15131 Nr. 18 a 100 Frs.
Ser. 2475 Nr. 21, Ser. 4261 Nr. 5 15, Ser. 4409 Nr. 11, Ser. 5675 Nr. 16 19, Ser. 6278 Nr. 6 19, Ser. 6444 Nr. 2, Ser. 6615 Nr. 6 24, Ser. 10238 Nr. 15, Ser. 10964 Nr. 12 21, Ser. 11116 Nr. 20, Ser. 13444 Nr. 9, Ser. 13740 Nr. 13, Ser. 13744 Nr. 21, Ser. 13924 Nr. 17, Ser. 14551 Nr. 22, Ser. 14730 Nr. 9 10 14 24, Ser. 15131 Nr. 6 a 50 Frs.
Die in den vorstehend bezeichneten Serien enthaltenen, hier oben nicht aufgeführten Nummern erhalten die kleinste Prämie von 30 Fr.

Vermischtes.

*** Die Affaire Hefels** scheint nun wirklich zu Ende zu sein. Die Angeklagte hat bisher gegen den Beschluß des Kammergerichts, ferner nicht mehr gegen sie öffentlich zu verhandeln, keine Beschwerde erhoben, hauptsächlich wohl, weil ihr bisheriger Verteidiger Rechtsanwalt Dehns, der sich ihrer sehr sorgfältig angenommen, sein Mandat niedergelegt hat. Er muß also wohl überzeugt sein, daß ihr durch das Gutachten der medizinischen Sachverständigen kein Unrecht geschehen ist.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Waser in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Bomst, 14. Januar. Bei der heutigen Erziehung im Wahlkreis Metzer-Bomst wurde Minister Friedenthal mit 227 Stimmen gegen den ultramontan polnischen Kandidaten Margraf, auf welchen 69 Stimmen fielen, zum Abgeordneten wiedergewählt. (Privatdep. der Posener Ztg.)

Berlin, 14. Januar. Im Fortgang der Reichstags-Sitzung erfolgte die zweite Lesung des Civilgesetzbuchs. Paragraph eins und zwei, letzterer unter Ablehnung des Centrumsantrages, die Bildung der Amtsbezirke und die Bestellung der Landesbeamten der Landesregierungen zu überlassen, wurde genehmigt, Paragraph drei mit dem Antrag Seydewitz, betr. die Unwiderruflichkeit der Anstellung der Landesbeamten, Paragraph vier mit unerheblichen Zusätzen, und die übrigen Paragraphen bis 23 nach der Vorlage angenommen. Fortsetzung morgen.

Berlin, 14. Januar. Heute Abend findet ein Ministerrath zur Feststellung der Thronrede, mit welcher der Landtag am 16. d. durch den Vice-Ministerpräsidenten Camphausen eröffnet werden soll, statt. Privat-Depesche d. Posener Ztg.

New-York, 13. Januar. Die Botschaft Grants über die Intervention in Louisiana wurde dem Kongresse vorgelegt. Die Botschaft schreibt die letzten Ereignisse in Louisiana nicht der Aktion der Regierung, sondern der Verschwörung gegen die Republikaner zu. Obgleich die militärische Intervention den Anschauungen der Regierung widerspreche, rechtfertigt die eingetretene Verwirrung der Legislative Louisiana's das Vorgehen der Militär-Kommandanten, welche durch ihre Maßregeln den vorbedachten Plan der Absehung Kellogg's und Empörung gegen die Regierung verhinderten. Die Maßregeln Sheridan's seien summarisch und unzulässig, aber wirksam gewesen. Die Botschaft schließt, der Präsident werde sich in seinem Verhalten von den gesetzlichen Bestimmungen leiten, aber durch Furcht und Mißgunst nicht beirren lassen.

Für Mühlenbesitzer u. Mühleninteressenten.

Es empfiehlt sich unter jeder gewünschten Garantie zur Uebernahme von kompletten Mühleneinrichtungen die nach neuestem und zweckmäßigstem System von mir ausgeführt werden als:

Dampfmühlen.
Wassermühlen mit höchster Ausnutzung der Wasserkraft.

Windmühlen, Holländer mit Selbstregulierung.

Wassermühlen mit Regulator.

Windmühlen zum Bewässern u. Entwässern von Torfmooren, Gräben etc.

Wassermühlen mit Raffinerie.

Schneidemühlen mit Voll-, Einfach- und Horizontaltagter, Kreisfägen etc.

Wassermühlen für Hoch-, Flach- und verbesserte Flachmüllerei mit Garantie der höchsten Ausbeute des feinsten Mehls und größter Leistungsfähigkeit für Lohn- und Hausmüllerei.

Mühleneinrichtungen zur Fabrikation von Grieß, Perlgrauen, Grüge und Hirse.

Getreide-Speichereinrichtungen zum Umarbeiten des Getreides auf Schüttböden und Silos.

Wassermühlen (Hammermühlen), Taumen- und Kurbelmühlen.

Roh- und Treibwerke.

Lohnmühlen, jedes System.

Cement- und Gipsmühlen.

Umbauten und Reparaturen.

Ferner empfehle ich mich zur Anfertigung von Bauplänen, Gutachten und Kosten-Anschlägen.

Preise die bei reeller und prompter Bedienung nur möglich sind.

C. Hackbarth,

Mühlen-Baumeister.

Posen, Baderstraße 20.

Bekanntmachung.

Die linke Seite der ersten Etage des hiesigen Rathhauses soll zum Betriebe des Schankgewerbes und die rechte Seite derselben Etage zum Betriebe eines anderen Gewerbes event. Wohnung, auf sechs (6) hinter einanderfolgende Jahre meistbietend verpachtet werden.

Hierzu wird ein Termin auf den

19. Januar 1875,

Vormittags 10 Uhr,

in dem Bureau des unterzeichneten Magistrats anberaumt und Pachtlustige erbenst eingeladen.

Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht werden.

Kröben, den 12. Januar 1875.

Der Magistrat:

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Kaufmann Behr Ifig und Johanna Leeb'schen Eheleuten und den Rechtsnachfolgern des Leiser Aron, des Joseph Lippmann, des Eisel Jochem Goldschmidt und des Georg Kas Jaeler Wolff gehörige, in der Altstadt Posen unter Nr. 354 A., Sudenstraße Nr. 333, belegene früher zu Erbpachtsrecht, jetzt zu freiem Eigenthum bestellene Grundstück, welches an Stelle des nach dem Brande v. 15. April 1803 durch die Retablissements-Bau-Kommission in ein gezogenen Grundstückes Altstadt Posen, Nr. 393 getreten ist und welches mit einem Nutzungswerthe von 350 Thlr. veranlagt ist, soll zum Zwecke der Auseinandersetzung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Montag,

den 15. März 1875,

Vormittags 10 Uhr,

im Königlichen Kreis-Gericht hier, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Von den 12. Dezember 1874.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

gez. Rehl.

Die in unserem Firmenregister sub

Nr. 99 eingetragene Firma

„Hermann Hannach“

ist erloschen.

Posen, den 11. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

In unser Gesellschaftsregister ist bei der

Firma unter Nummer 32, „Adolph

Wid.“ in Pissa die Errichtung einer

Zweigniederlassung in Rawicz eingetrag-

gen worden.

Posen, den 11. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Subhastations-Patent.

Das im Dorfe Kojowo unter Nr. 7 belegene, den Joseph und Marianna Griebel'schen Eheleuten gehörige Grundstück soll im Termine

den 8. April 1875,

Nachmittags 4 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege

der nothwendigen Subhastation ver-

steigert werden. Dasselbe ist mit einem

Reinertrage von 181, 1/2 Thlr. = 543

M. 36 Pf. und mit einem Nutzungs-

werthe von 30 Thlr. = 90 M. zur

Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt

worden und enthält an Gesamtnutz

der der Grundsteuer unterliegenden Flächen

62 Hektar 33 Ar 50 Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle,

der Hypothekenschein, etwaige Abhö-

zungen und andere das Grundstück be-

treffende Nachweisungen, ingleichen be-

sondere Kaufbedingungen, können in

unserem Bureau III. während der Ge-

schäftsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum

oder anderweitig, zur Wirksamkeit gegen

Dritte der Eintragung in das Hypo-

thekensbuch bedürftig, aber nicht einge-

tragene Realrechte geltend zu machen

haben, werden aufgefordert, dieselben

zur Vermeidung der Präklusion spä-

testens im Versteigerungs-Termine anzu-

melden.

Das Urtheil über die Theilung

des Zuschlags soll im Termine

den 10. April 1875,

Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet

werden.

Tremsen, den 9. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhastations-Richter.

Bekanntmachung.

Die Tischler-Arbeiten incl. Material-Lieferung zum Bau des Eisenbahn-Kommissions-Gebäudes zu Posen sollen in 4 Loosen in öffentlicher Submission verdingen werden.

Zur Entgegennahme versiegelter, mit

entsprechender Aufschrift versehener

Offerten ist ein Termin auf

den 27. Januar 1875,

Vormittags 11 1/2 Uhr,

in dem Bureau der unterzeichneten,

Baderstraße Nr. 13 a, anberaumt.

Zeichnungen und Lieferungsbedingun-

gen liegen während der Geschäftsstun-

den zur Einsicht aus, und können

Legtere nebst Preis-Formulare gegen

Erlattung der Copialien von 1 1/2 M.

bezogen werden.

Posen, den 12. Januar 1875.

Königl. Betriebs-Inspektion.

Proklama.

Der Pfandschein Nr. 1674

ausgestellt vom Königl. Bankkom-

missar zu Posen am 5. April 1873, über

einen als Unterpfand für ein von der

Königl. Bank gegebenes Darlehen von

700 Thlrn. deponirten 4prozentigen

Posener Pfandbrief über 1000 Thlr.,

ist dem Rittgutsbes. Emil Hauke

zu Jankowo verloren gegangen.

Es werden daher alle diejenigen,

welche an diesen Pfandbrief Ansprüche

zu haben glauben, aufgefordert, solche

spätestens in dem am

1. März 1875,

Vormittags 9 Uhr,

vor dem Kreisrichter Herrn Silke

in unserem Instruktionszimmer antre-

ten Termine zur Vermeidung der Aus-

schließung mit denselben anzumelden.

Gesehen, den 9. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Nachlass-

Auktion.

Montag, den 18. d.,

früh von 1/10 Uhr ab,

werde ich Bittelfstraße Nr. 16, im ersten

Stock den Nachlass des verstorbenen

Kentier S. Stock, bestehend in Mö-

beln als: Cylinderbureau, Klei-

derspinde, Tische, Stühle, Bet-

ten, Kleidungsstücke, goldene

Uhren und Ketten, Armbräu-

der, sowie die Bibliothek re.

gegen gleich baare Bezahlung verstei-

gert.

Zindler,

Königl. Auktionskommissarius

Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreis-

Gerichts werde ich **Donnerstag den**

21. Jan. d. J. Vormitt. 11 Uhr,

in Sirzelski bei Schroda, die in dem

herrschaftlichen Hause befindlichen Möbel

öffentlich meistbietend gegen gleich baare

Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 12. Januar 1875.

Schroeder, Auktions-Kommissar.

Kaufmann S. Rausch in Vorur

Rückplatz, beabsichtigt seine in der

Nähe von Wellstein belegene, im besten

Bauzustande befindliche Windmühle

mit 2 Gängen, Cylinder u. franz.

Steinen nebst 3 Morgen Land aus fr.

Hand billig zu verkaufen.

In einer größeren Provin-

zialstadt ist eine gut affor-

tirte Papier- nebst Buch-

handlung, unter sehr gün-

stigen Bedingungen zu ver-

kaufen. Zu erfragen durch

die Exp. d. Ztg. sub J. N.

Z. # 25.

Gutskauf-

Gesuch.

Von einem Landwirth wird bei einer

Anzahlung von 10—12.000 Thlr. ein

Landgut zu kaufen gesucht.

Bedingungen: kräftiger Boden, ent-

sprechendes Viehen-Verhältnis, fester

Syntheselastand, Nähe der Bahn, ausrei-

chende Arbeitskraft. Offerten nebst ge-

nauer Beschreibung erbeten an die Ex-

pediton der Posener Zeitung unter:

W. 46.

Hotel.

in einer Kreis- und Garnison-Stadt d.

Prov. Posen gelegen, 2 1/2 M. von der

Eisenbahn entfernt, ist aus freier Hand,

jedoch ohne Vermittler zu verkaufen.

Wo? in d. Exp. dieser Zeitung.

Alle diejenigen, welche Ansprüche an

den Nachlass des zu Cerevic bei

Borel verstorbenen Probstes Jar-

zewski zu machen haben und ebenso

diejenigen, welche Schulden des ge-

nannten Probstes sind, werden erucht,

ihre Forderungen binnen vier Wochen

präklusivfrist bei den unterzeich-

mpfiehlt sich zu Festlichkeiten, be-
sonders jetzt zu Schlittenpartien.
Aufträge erbittet sich der Besitzer
H. Marco.